

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 10. November 2008**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **43. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr

Ende der Sitzung: 17.53 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 42. Sitzung des Gemeinderates vom 29.09.2008 liegt  
zur Einsichtnahme auf.

## **Anwesen de**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer
2. Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

#### Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Friedrich Ganzert                      Silvia Huber

#### Gemeinderäte:

Werner Forstinger	Gertrude Aitzetmüller	Raimund Buttinger
Mag. Bernhard Humer	KommR. Günther Gausch	Klaus Hoflehner
Brigitte Lindlbauer	Claudia Hüttmayr-Punkenhofer	
Petra Müllner	Mag. Petra Lipp	Helga Maitner
Karl Schönberger	August Tesarsch	Mag. Klaus Schippani
		Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

#### Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Roland Strassl

#### Gemeinderäte:

Mag. Karl-Georg Holter	Dir. Mag. Josef Hora	
Herbert Pernkopf		Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

#### Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Bernhard Wieser

#### Gemeinderäte:

Willibald Baumgartner	Gerhard Kroiß	Ing. Wolfgang Matzinger
Dr. Andreas Rabl		

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

#### Gemeinderäte:

Herbert Anreitter	Theresia Landauer	Mag. Michael Springer
-------------------	-------------------	-----------------------

### **Vom Magistrat:**

MD OSenR. Dr. Karl Schweiger  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Birgit Mickla

### **Entschuldigt:**

3. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Ploier-Niederschick (ÖVP)  
GR. Hannelore Aigner (SPÖ), GR. Rupert Leitner (SPÖ), GR. Johann Reindl-Schwaighofer (SPÖ)  
GR. Ing. Martina Kreisel (ÖVP), GR. Brigitte Wartinger (ÖVP)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 04.11.2008 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen an Mitglieder des Stadtsenates:

Bgm. Dr. Koits: Es sind für heute zwei verschiedene Anfragen an Mitglieder des Stadtsenates eingelangt und wir beginnen jetzt mit der Anfrage an Herrn Vizebürgermeister Wimmer.

### Anfrage von GR. Herbert Anreitter an Vzbgm. Hermann Wimmer, betreffend Sportzentrum Wimpassing:

Vzbgm. Wimmer: Zunächst darf ich mich bei der Fraktion der GRÜNEN bzw. bei Herrn Gemeinderat Anreitter dafür bedanken, dass diese Anfrage (Anlage 1) an mich gestellt wurde, denn nach neun Jahren im Stadtsenat ist das die erste Anfrage, die an mich gerichtet wurde. Selbstverständlich werde ich diese heute sehr ausführlich mündlich beantworten.

Ich bin bei meinen Überlegungen grundsätzlich zum Schluss gekommen, dass das Instrument der Anfrage an die Mitglieder des Stadtsenates ein sehr taugliches Instrument dafür ist, die Mitglieder des Gemeinderates über aktuelle Fragen – außerhalb der Ausschusstätigkeiten – und damit auch die Öffentlichkeit zu informieren. Schade ist nur, dass unsere Geschäftsordnung keine Debatte zu solchen Anfragen zulässt oder irgendwelche Ergänzungsfragen, weshalb das unwidersprochen im Raum stehen bleiben muss, was der Anfragebeantworter zu verkünden hat. Es wäre allerdings eine Anregung meinerseits, bei künftigen Geschäftsordnungsüberlegungen eine diesbezügliche Demokratisierung einzuführen und dem Antragsteller oder dem Plenum die Möglichkeit zu geben, zusätzliche Fragen zu stellen.

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Das gibt es ja nicht! Dass man so lügen kann, ohne rot zu werden?

Vzbgm. Wimmer: Es entspricht meinem Demokratieverständnis, dass man sich immer wieder darum bemühen sollte, Verbesserungen zu bekommen.

Die Anfrage wird wie folgt eingeleitet:

„Bezüglich des in verschiedenen Medien kolportierten Sportzentrums in Wimpassing bitten die GRÜNEN Wels um Beantwortung folgender Fragen.“

Dann folgen insgesamt acht Fragen und ich darf einleitend ganz allgemein zum angesprochenen Thema Stellung nehmen, womit zum Teil auch schon die Einzelfragen beantwortet werden.

Im Budget für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 gibt es unterschiedliche Ansätze und Bedeckungsvorschläge für Sanierungsmaßnahmen im Bereich von Sportanlagen der Stadt Wels. Ein wesentlicher Ansatz findet sich für die Renovierung des ASKÖ-Stadions, das bekannterweise vom FC Wels und seinen Jugendmannschaften, von der Kampfmannschaft und von der Damenmannschaft als Sportstätte, so wie ich meine, erfolgreich genutzt wird. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass der technische Zustand dieser Sportanlage nicht nur den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht, sondern dass für den Fall, dass man eine Weiterentwicklung des Fußballsports in Wels präferiert – das tue ich als Sportreferent und ich weiß, dass das viele Mitglieder des Gemeinderates ebenfalls tun – dort ganz erhebliche Investitionen notwendig wären, um die sogenannte Bundesligatauglichkeit zu erreichen. Die nächste Aufstiegsstufe des FC Wels, der zur Zeit in der Regionalliga spielt, wäre jedenfalls die Bundesliga. Und im Rahmen dieser Bundesligatauglichkeit sind eben bestimmte Auflagen zu erfüllen, was von der Beleuchtung bis hin zu den Parkplätzen reicht, wobei diese Auflagen am bestehenden Standort eher nur sehr bedingt erfüllt werden könnten. Natürlich ist mit hohem Geldeinsatz vieles erreichbar, nur eines wäre bestimmt nicht möglich, nämlich rund um das ASKÖ-Stadion die erforderliche Zahl von Parkplätzen zu schaffen. Somit hätte auch ein Versuch, die Parkplätze an den öffentlichen Nahverkehr entsprechend anzubinden, nur wenig Sinn. Das einmal etwas zur Ausgangslage.

Meine sportpolitische Überzeugung geht in die Richtung, dass beim FC Wels – ich schließe auch gleich den WBC ein, der noch im zweiten Teil meiner Ausführungen kommt – eine ganz hervorragende Jugendarbeit gemacht wird. Der FC Wels spielt mit insgesamt 17 Jugendmannschaften in allen Bewerben des Oö. und des Österreichischen Fußballverbandes. Er hat in seiner Betreuung zwischen 450 und 500 Jugendliche und Faktum ist, dass es sich dabei zu etwa der Hälfte um Kinder mit Migrationshintergrund handelt. Das heißt also, dass in Zusammenhang mit solchen Massensportarten eine hervorragende Jugend- und Integrationsarbeit geleistet wird. Insbesondere danke ich bei dieser Gelegenheit den führenden Funktionären in diesen Vereinen dafür, dass sie sich so engagiert zum Thema Integration einsetzen, wobei es dem Kollegen Magister Holter gelingt, dies auch gelegentlich zu verbergen. Aber beim FC Wels macht er das in ganz hervorragender Art und Weise und dafür sage ich herzlichen Dank.

Da ist die Seite der Sport- und der Jugendpolitik, die mir besonders am Herzen liegt. Ich bin deshalb im November und Dezember des Vorjahres zu der Überzeugung gelangt, dass wir, bevor wir wieder nur eine halbe Sache machen, dafür aber doch sehr viel Geld einsetzen müssen, überlegen sollten, ob es eventuell Alternativen hiezu gäbe. Eine Alternative kann aber eigentlich nur in einem neuen Standort und einer neuen Anlage bestehen, denn nur damit ist gewährleistet, dass auch entsprechende Parkflächen geschaffen werden können, dass also die Infrastruktur passt und den sportlichen Anforderungen entspricht.

Ich habe also anlässlich einer Diskussionsveranstaltung der Welser Rundschau am 09.11.2007 Überlegungen angekündigt, in Wels ein neues Sportzentrum zu errichten und ich habe angekündigt, eine diesbezügliche Studie in Auftrag zu geben. In der Folge hat es eine sehr intensive und immer wieder stattfindende Information und Diskussion im Sportausschuss des Gemeinderates gegeben und ich möchte diesen Umstand heute dezidiert unterstreichen, weil immer wieder der Vorwurf erhoben wird, dass ich zu wenig über anstehende Projekte informieren würde.

Bereits am 11.12.2007 habe ich anlässlich einer Sitzung des Sportausschusses dieses Vorhaben präsentiert. Ich informierte darüber, dass ich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben habe und es hat dazu eine Diskussion im Sportausschuss gegeben. Und bei dieser, so wie bei allen folgenden Sitzungen, ist von keinem Mitglied des Sportausschusses dieses Projekt in Frage gestellt oder kritisiert worden.

Die nächste Information im Sportausschuss erfolgte am 26. Februar 2008, eine weitere am 29. April 2008 und schließlich erfolgte am 13.10.2008 eine Exkursion, zu welcher alle Mitglieder des Sportausschusses eingeladen waren, nach St. Veit an der Glan, auch unter Beiziehung von Vereinsfunktionären. Diese Exkursion erfolgte deshalb nach St. Veit, weil die Größenordnung dieses Stadions in etwa den Anforderungen in unserer Stadt entspricht. Dieser Besuch in St. Veit war außerordentlich aufschlussreich; er brachte uns also wertvolle Erkenntnisse und bestätigte uns im bisher eingeschlagenen Weg.

Am 03.11.2008 erfolgte eine weitere Information im Sportausschuss des Gemeinderates. Gleichzeitig wurde eine ergänzende Überlegung zu diesem Sportzentrum, nämlich der Anbau einer Ballsporthalle an dieses Stadion, eingebracht. Ich informierte also den Sportausschuss darüber, dass ich diesbezügliche Planungsüberlegungen in Auftrag gegeben habe. Von den Mitgliedern des Ausschusses gab es dazu keinerlei ablehnende Meinung oder Äußerung.

Warum habe ich mich dazu entschlossen, auf diese Weise den Basketballsport mit dem Fußball zu verbinden? Auf der einen Seite handelt es sich beim FC Wels und beim WBC um die zwei größten Vereine in Wels im Bereich des Ballsports, wo, wie schon gesagt, die beste Nachwuchsarbeit passiert und auf der anderen Seite haben wir damit eigentlich die einmalige Chance von der Nutzung her, interessante Synergien zwischen einem Fußballstadion und einer Basketballhalle zu bekommen, wenn eben solch ein Zusammenbau gegen ist.

Wieso ist überhaupt die Errichtung einer solchen Ballsporthalle insbesondere für den Basketballsport notwendig? Nun, wir haben bei der Kraftwerk-Arena ähnliche Probleme wie im ASKÖ-Stadion. Es gibt dort im Prinzip keinen Parkplatz und die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr ist genauso schlecht möglich. Es müsste sehr viel Geld in die Hand genommen werden, um eine Halle, die vor über 30 Jahren erbaut wurde, den neuesten Anforderungen anzupassen. Das machen wir allerdings ohnehin immer wieder in Form kleinerer Investitionen wie in Bezug auf die Sanierung von Sanitär- bzw. von WC-Anlagen. Insgesamt wird also die Kraftwerk-Arena auch bei Errichtung einer neuen Halle genutzt werden können, allerdings nicht unbedingt auf heutigem Standard.

Wenn ich von den Synergien sprach, so darf ich mir jetzt einen Hinweis auf die planlichen Darstellungen erlauben, die eben jetzt vom Herrn Baudirektor präsentiert werden.

Sie sehen hier, dass die Hochbauten sowohl das Stadion als auch die Halle betreffend in einem errichtet werden. Das bedeutet, dass ich nur eine Heizung brauche, nur einmal die Sanitäreanlagen, nur einmal die Gastronomie, nur einmal die notwendigen VIP-Räumlichkeiten usw. Genauso kann die Verwaltung bzw. die Betreuung des ganzen Sportzentrums von einer Stelle aus kostengünstig besorgt werden. Das bringt uns also aufgrund dieser Synergien entsprechende Kostenreduzierungen.

Und was den Standort selbst betrifft, haben wir diesen im Bereich Wimpassing gefunden. Wir haben dort gewissermaßen ein Autobahndreieck und würden südlich der Firma Prillinger dieses Sportzentrum errichten. Wir bemühen uns ja schon seit Jahren darum, in diesem Bereich eine Autobahnabfahrt zu bekommen, und zwar nicht nur wegen eventueller künftiger Betriebsansiedlungen, sondern eine Initiatorin dieser Abfahrt war speziell die Firma Prillinger, die zur Zeit nur über sehr unbefriedigende Zufahrtsmöglichkeiten zum Betrieb verfügt. Es muss hier durch diverse schmale Straßen gefahren werden.

Dieser in Aussicht genommene Standort hatte allerdings einen gewissen Nachteil, weil dort mit insgesamt neun Grundstückseigentümern zu verhandeln war. Diese Verhandlungen wurden sozusagen ausgelagert von einem Privatunternehmen durchgeführt und bis auf ein Grundstück zwischen der Freizeitanlage Wimpassing und dieser geplanten Verbauung, das gerade vom Herrn Baudirektor gezeigt wird, haben wir Kaufoptionen auf die gesamten Flächen erworben. Ich spreche deshalb von einer Gesamtfläche, weil dort die Landwirte zum Teil nur über nicht zusammenhängende Grundstreifen verfügen und die Landwirte in den Verhandlungen meinten, dass sie, wenn sie sich schon zu Verkäufen an die Stadt Wels bereit erklären, gleich alles verkaufen möchten, nachdem sie mit eventuellen Restflächen praktisch nichts mehr anfangen könnten. Auf diese Art würden wir aber als Stadt Wels wiederum in die Lage versetzt, zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten zu erhalten. So war beispielsweise die Ansiedlung der Da-Vinci-Schule im Gespräch und ich weiß jetzt nicht, inwieweit diesbezügliche Überlegungen gediehen sind. Dort, wo es aus planerischer Sicht möglich erscheint, wäre eventuell eine Wohnverbauung sinnvoll oder auch die Ansiedlung von Kleingewerbebetrieben. Diese weiteren planerischen Überlegungen fallen allerdings nicht in meinen Zuständigkeitsbereich und somit muss ich mir darüber nicht unbedingt den Kopf zerbrechen.

Die zweite Sache ist die, dass wir mit diesem Standort die Möglichkeit haben, eine von vielen Mitgliedern des Gemeinderates immer wieder diskutierte Möglichkeit eines Park-and-ride-Parkplatzes für Messezwecke und sonstige Zwecke zu realisieren. Sie kennen ja die Problematik in Bezug auf Messeveranstaltungen in der Weise, dass wir immer wieder damit kämpfen mussten, irgendwelche Felder für das Abstellen von Besucherfahrzeugen zu bekommen, die aber letztlich auch in technischer Hinsicht nicht mehr für das Parken geeignet waren. Und dann haben wir immer wegen diverser Schwierigkeiten, die seitens der Autobahnmeisterei gemacht wurden, massivst politisch auf höchster Ebene intervenieren müssen – der Bürgermeister und Herr Stadtrat Strassl haben sich diesbezüglich immer wieder bemühen müssen – damit wir im Bereich der Straßenmeisterei an der Autobahn die Gelegenheit bekamen, Besucherfahrzeuge abstellen zu dürfen, aber ich glaube, künftig gibt es auch diese Möglichkeit nicht mehr. Wir haben demnach größte Parkplatzprobleme bei Messegroßveranstaltungen. Und schließlich gibt es auch sehr viele Einpendler in die Stadt Wels, denen wir anbieten könnten, eine interessante Anbindungsmöglichkeit an den öffentlichen Linienverkehr zu nutzen. Sie sehen ja auf dem Plan, der hier gezeigt wird, rechts unten, dass die Linie 3 des Welser Linienverkehrs, welche im 15-Minuten-Takt verkehrt, direkt an diese Park-

plätze angebunden werden kann und die Parkplätze selbst können, wenn die Autobahnabfahrt genehmigt wird, direkt von der Autobahn her erreicht werden. Genauso können sie relativ leicht von der Bundesstraße 1 her erreicht werden, von der Römerstraße und einer Aufschließungsstraße. Abgesehen davon ist vorgesehen, keinen Durchzugsverkehr in der Nähe der Siedlungen zuzulassen. Vielmehr soll die HAUPTerschließung – es gibt ja zwei Stichstraßen, nämlich eine im Norden und eine im Süden – in einer Runde entlang der Freizeitanlage erfolgen. Diese Straße ist hier am Plan nicht eingezeichnet, weil hier noch Grundstücksverhandlungen notwendig sind. Der Hauptverkehr käme also über die Römerstraße heran und die jetzige Moosbachstraße würde entsprechend verbreitert, sobald es zu einem Abschluss der laufenden Grundstücksverhandlungen käme. Damit hätten wir vom Süden her eine Zufahrtsgelegenheit zu den Parkplätzen, ohne die dortigen Siedlungsanrainer auch nur ansatzweise zu berühren. Wir hätten dann vom Norden her eine Zufahrt von der Autobahn her, der für die Firma Prillinger einen direkten Anschluss brächte, womit diese ihre betriebliche Tätigkeit von der Verkehrssituation her künftig wesentlich besser als bislang ausüben könnte und vom Süden her würden, wie eben geschildert, die Siedlungshäuser auch nicht berührt.

Aus meiner Sicht ergäbe sich somit eine Win-win-Situation für alle Beteiligten und ich ersuche sie, diesem Vorhaben, wenn es in die Organe kommt – im Moment sind wir noch im Bereich der Vorbereitungsarbeiten – ihre Unterstützung zu geben.

Ich komme jetzt detailliert zu den Fragen der GRÜNE-Fraktion.

Die erste Frage lautet: „Sind die Medienberichte korrekt, dass in Wimpassing ein Fußballstadion und eine Basketballhalle errichtet werden soll?“

Diese Frage kann ich nach meinen vorangegangenen Ausführungen mit einem klaren Ja beantworten.

Frage 2: „Wenn ja, wie weit sind die Pläne gediehen?“

Hier darf ich noch ergänzend zu meinen vorherigen Ausführungen mitteilen, dass die Grundstücksoptionen gesichert wurden und ich versuchen werde, diese Grundstücksverträge und damit dieses Projekt in den Gemeinderat zu bringen. Ob das in der Februar- bzw. in der März-Sitzung des nächsten Jahres der Fall sein wird, das kann ich heute noch nicht definitiv sagen, aber jedenfalls ist das für das frühe Frühjahr angedacht. Anschließend, wenn das der Gemeinderat so beschließt, soll eben mit der Abarbeitung des Projektes begonnen werden.

3. Frage: „Wurden Planungstätigkeiten vergeben und wenn ja, in welchem Gremium wurde der Beschluss für die Vergabe gefällt?“

Dazu ist zu sagen, dass Planungstätigkeiten vergeben wurden und das zuständige Organ hierfür war das zuständige Mitglied des Stadtsenates. Und das zuständige Mitglied des Stadtsenates war der Sport- und Finanzreferent, also ich.

Punkt 4: „Welche Kosten sind für das Sportzentrum veranschlagt?“

Es gibt nur erste Schätzungen und die tatsächlichen Kosten wissen wir erst, wenn die Detailarbeit abgeschlossen ist und die entsprechenden Angebote von den Firmen eingeholt werden. Die Grundstücke selbst wurden in den einzelnen Optionsvereinbarungen mit einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 70 Euro verhandelt. Die Gesamtfläche, also inklusive jener Grundstücksteile, die noch anderweitig zu verwerten sein werden, beläuft sich auf rund 164.000 Quadratmeter, wobei wir

für das Stadion selbst und die Halle wahrscheinlich rund 55.000 bis 60.000 Quadratmeter benötigen. Dazu kommt dann noch – diese ist allerdings dem Sportzentrum an sich nicht zuzurechnen – die Park-and-ride-Anlage, die an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen werden soll.

Die Frage 5 lautet: „Wie schlüsseln sich die Kosten auf?“

Ich glaube, diese Frage habe ich eigentlich schon zuvor angeschnitten. Es gibt drei oder vier Kostenparameter. Wenn man die Autobahnabfahrt diesem Projekt zuordnet, was man aber in dieser Weise gar nicht machen kann, weil dies einen eigenen Teilaspekt darstellt, ergeben sich natürlich höhere Kosten.

Frage 6 lautet: „Ist geplant, Fußballplätze in Wels zu veräußern?“

Ja, das ist geplant, soweit Private dieses Projekt in Form einer Beteiligung unterstützen bzw. soweit es sich um Fußballplätze der Stadt Wels handelt. Da kommt nur ein Platz in Frage, und das ist das ASKÖ-Stadion, welches aus Nebenanlagen und zwei Fußballplätzen besteht. Es ist nicht beabsichtigt, beide Fußballplätze zu verkaufen. Ein Fußballplatz soll vielmehr für die Jugend in dieser Siedlungsregion belassen werden, damit insbesondere dem Ballspielen nachgegangen werden kann. Ich bin mir dessen bewusst, dass wir in diesem dichtverbauten Gebiet nicht alles zubetonieren können, das heißt, wir müssen dort auch für die Zukunft entsprechende Grünräume sichern. Genauso wird aber der FC Wels mit seinen 17 Jugendmannschaften dort weiterhin Spielmöglichkeiten brauchen. Auch die Anlage „Wirt am Berg“, die zur Zeit vom FC Wels und von den Faustballern genutzt wird, steht weiterhin für Ballsportzwecke bzw. für den Verein zur Verfügung.

Die zweite in Rede stehende Möglichkeit, die sich in Diskussion befindet, besteht in der Zusammenarbeit mit der UNION Wels bzw. mit der Landes-UNION. Das ehemalige UNION-Stadion wird ja zur Zeit von Jugendmannschaften, von der Frauenmannschaft und der 1b-Herrenmannschaft genutzt. Es gibt aber sehr erfolgreich begonnene Gespräche mit dem Landespräsidenten der UNION, Herrn Hauer, mit dem ich mich erst vor 14 Tagen wieder getroffen habe. Es ist im Gespräch, in Verhandlung, das Grundstück des jetzigen UNION-Stadions sozusagen als Beteiligung in eine Betriebs- oder Eigentümergesellschaft dieses Projektes im entsprechenden Prozentsatz einzubringen, das heißt, die UNION bekäme Mitwirkungsrechte im Ausmaß ihrer Beteiligung und sie würde andererseits ganz wesentlich zur Finanzierung dieses Projektes beitragen. Und die dritte Möglichkeit, die sich ebenfalls schon in Diskussion befand, aber aus meiner Sicht leider nicht gerade optimal gehandelt wurde, bezieht sich auf den ASKÖ-Platz, der gemeinhin als Blaue-Elf-Platz bezeichnet wird, aber nicht der Blauen Elf gehört, sondern vielmehr grundbücherlich der ATSV-Organisation Wels zugeordnet ist. Es hat dort, nachdem ich zusammen mit dem ASKÖ-Bezirksobmann, dem Kollegen Hochhauser, die Projektvorstellung durchführte, in der Folge Veranstaltungen gegeben, die man, wie ich meine, vielleicht doch etwas anders gestalten hätte können. Faktum ist aber jedenfalls, dass dort zur Zeit eine Mehrheit des Pächters, also der Blauen Elf, gegen eine Zusammenarbeit in Bezug auf das neue Sportzentrum-Projekt ist. Ich bedaure dies außerordentlich. Jeder, der diesen Platz kennt, weiß, dass dort keine optimalen Verhältnisse für den Sport gegeben sind. So gibt es keinen Trainingsplatz, das Sportheim befindet sich in einem baulich eher nicht optimalen Zustand und mit einer gemeinsamen Nutzung der neuen Sportanlage durch mehrere Vereine hätte diese Problematik gelöst werden können. Trotz allem habe ich der ASKÖ die gleichen Möglichkeiten wie der UNION angeboten, nämlich durch Einbringung dieses Platzes am neuen Stadion entsprechend mitzupartizipieren.



Dann lautet konkret die 7. Frage: „Wenn ja, mit welchen Einnahmen wird gerechnet?“ Diese Frage bezieht sich eben auf die Veräußerung anderer Fußballplätze. Das kann ich heute aber im Detail natürlich nicht sagen, weil die Größenordnung oder das, was tatsächlich verkauft werden kann, noch nicht fix ist. Wir rechnen allerdings damit, dass das ASKÖ-Stadion etwa zur Hälfte verkauft werden kann.

Wie sie wissen, befindet sich dort auch das Jugendzentrum und ich möchte unterstreichen, dass niemand daran denkt, dieses aufzulassen. Wird aber die Hälfte dieser Grundfläche verkauft, so ist mit einem Erlös hierfür im Ausmaß von 1 bis 1,5 Mio. Euro zu rechnen. Ähnliches könnte sich beim UNION-Stadion ergeben, aber letztlich geht es auch darum, welche Bebauungsmöglichkeiten die Stadt künftig zulässt. Was hier der Gemeinderat beschließt, das kann den Wert durchaus steigern und damit gäbe es auch höhere Beiträge zur Realisierung dieses Projektes.

Punkt 8 der Anfrage lautet: „Für wann sind Information des Gemeinderates und Beschlussfassung im Gemeinderat geplant?“

Ich meine, dass die Information des Gemeinderates zumindest mittelbar durch die Einbindung des Sportausschusses – ich habe ja die Termine genannt, zu denen bislang im Sportausschuss darüber informiert und diskutiert wurde – sogar in einer, wie ich meine, überdurchschnittlichen Art und Weise erfolgte, nämlich im Gegensatz zu manch anderen Projekten. Es entspricht eben meiner Philosophie von Politik, nicht allein vorzupreschen und irgendetwas vorzuentcheiden, ehe dann im Nachhinein die Information der Organe erfolgt. Ich führe also diese Information schon im Vorhinein durch, allerdings gestehe ich ein, diese Information bisher nur im Sportausschuss des Gemeinderates gegeben zu haben. Diese jetzige Anfrage hat mir aber die Gelegenheit gegeben, den Gemeinderat in seiner Gesamtheit entsprechend zu informieren. Ansonsten würde es ja die Geschäftsordnung gar nicht zulassen, solch eine Information dem Gemeinderat zu geben.

Und hinsichtlich des zweiten Teils ihrer Frage 8, wann mit einer Beschlussfassung im Gemeinderat zu rechnen ist, führte ich bereits aus, dass wir die Grundstücksverhandlungen in Form der Optionsverträge schon abgeschlossen haben. Diese Optionsverträge werden nun in Kaufverträge umgeschrieben, worauf diese in weiterer Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Idealerweise macht man so etwas gemeinsam mit dem fertigen Projekt. Wir haben hier aber auch die Möglichkeit, die Sache in zwei Etappen zu machen, nämlich zuerst einmal die Grundstücke anzukaufen und dann erst in einer nächsten Sitzung das Projekt selbst zu beschließen. Ich weiß aus heutiger Sicht nämlich nicht genau, wie lange es mit der Detailplanung noch dauern wird. Wenn es möglich ist, werde ich das Ganze dem Gemeinderat in ein und derselben Sitzung zur Beschlussfassung vorlegen, ansonsten es halt zwei Beschlüsse in verschiedenen Sitzungen geben wird, nämlich einen Antrag in Bezug auf den Ankauf der Grundstücke und einen Antrag über die Errichtung dieses Sportzentrums. So wie wir das beim Projekt des Turnvereins bezüglich der Kletterhalle und der Tennishalle machten, werden wir, so bald die Pläne vorliegen, sowohl den Sport- als auch den Finanzausschuss in einer gemeinsamen Sitzung damit befassen. Warum ist hier der Finanzausschuss mitzubefassen? Dies deshalb, weil ja nur Teile der Gelder, die dafür notwendig sein werden, im Budget eingeplant sind. Somit werden zusätzliche Mittel nötig sein und deshalb ist auch der Finanzausschuss damit zu befassen. Wie ich schon sagte, haben wir auch in Zusammenhang mit dem Projekt des Turnvereins eine gemeinsame Sitzung des Sport- und des Finanzausschusses durchgeführt und anschließend eine einstimmige Beschlussfassung hier im Gemeinderat. So stelle ich mir das auch bei diesem Projekt vor, das heißt, ich wünsche mir nach ausführlicher Information und Diskussion ebenfalls eine einstimmige

Beschlussfassung dieses Sportzentrum-Projektes, das für unsere Stadt sehr wichtig ist. Dabei vertrete ich letztlich die Ansicht, dass wir gerade in Zeiten wie diesen, in Zeiten einer Finanzmarktkrise Investitionen nicht zurückhalten, sondern im Interesse der Welsler und der Regionalwirtschaft beschleunigen, wenn möglich sogar vorziehen sollten.

Somit danke ich abschließend für ihre Aufmerksamkeit.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Referenten für die ausführliche Darlegung dieses Projektes. Wir sind auch alle sehr erfreut über sein Demokratieverständnis.

Zwischenruf GR. Dr. Rabl: Verblüfft!

Bgm. Dr. Koits: Herr Dr. Rabl ist verblüfft, wir alle anderen sind erfreut!

Anfrage von GR. Mag. Michael Springer an Vzbgm. Manfred Hochhauser, betreffend Errichtung mehrerer Gebäude am Rande des Vogelschutzgebietes (Untere Traun NN13) auf den Grundstücken Nr. 1169, 1170/1 und 1171/1:

Bgm. Dr. Koits bringt in kurzen Auszügen die als Anlage 2 beigefügte Anfrage zur Kenntnis und führt aus, dass ihm der angesprochene Referent mitteilte, dass er die insgesamt 12 Punkte der Anfrage wegen der Komplexität der Materie schriftlich innerhalb der dafür vorgesehenen Zeit beantworten werde.

## Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits informiert, dass es zur heutigen „Aktuellen Stunde“ seitens der Freiheitlichen ein Thema gibt, das die Gesundheitsvorsorge betrifft, und ersucht diesbezüglich um eine Wortmeldung seitens der FPÖ-Fraktion.

### Gesundheitsvorsorge in Wels:

GR. Kroiß: Wie der Name „Aktuelle Stunde“ schon ausdrückt, soll es sich um einen aktuellen Anlass für einen diesbezüglichen Beitrag handeln. Bei der Polizei würde man sagen, „aus gegebenem Anlass“, und der gegebene Anlass für die Wahl dieses Themas besteht unter anderem im Fachärztemangel, hier speziell im Bereich der Augenärzte.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt derzeit vier Augenärzte in Wels mit einem Kassenvertrag, also vier Augenärzte für über 60.000 Einwohner. Pro 15.000 Einwohner ist also in Wels ein Augenarzt zuständig und ich weiß nicht, ob sie in letzter Zeit einmal versuchten, einen Kontrolltermin bei einem Augenarzt zu bekommen. Da werden sie gestaunt haben, nämlich erstens darüber, für wann sie diesen Termin bekamen und zweitens darüber, dass sie vielleicht gar keinen Termin erhielten. Es ist nämlich so, dass manche Augenärzte gar keine zusätzlichen Patienten mehr nehmen

können, weil ihre Ordinationen aufgrund der Situation hoffnungslos überfüllt sind. Und wenn sie schon einen Kontrolltermin erhielten, dann wahrscheinlich frühestens für März oder April nächsten Jahres, schlechtestenfalls erst für den nächsten Sommer. Eine Wartezeit von mindestens drei bis vier Monaten nur wegen eines Kontrolltermins, die ist, da werden sie mir wohl zustimmen, schon sehr lange. Da braucht man sich auch nicht darüber wundern, dass uns Leute sagen, in Wels bekämen sie eher einen Blindenhund zugewiesen als einen Termin für eine Kontrolle beim Augenarzt.

Herr Bürgermeister! Auch bei dieser sogenannten Wohlfühlstudie bildete der Fachärztemangel einen Mittelpunkt der Kritik durch die Welsler. Ich würde sie also darum ersuchen, wieder einmal bei den zuständigen Stellen anzuklopfen, damit wir vielleicht doch um einen Augenarzt mehr zugeteilt bekommen und damit dieser unsinnige Zustand mit den überlangen Terminzeiten abgestellt werden kann.

StR. Huber: Also, ich darf zuerst grundsätzlich etwas zum Fachärztemangel sagen. Insgesamt ist dieser Mangel auch wieder nicht so groß, wie das manchmal zum Ausdruck kommt. Der Stellenplan ist zwischen der Ärztekammer und der Gebietskrankenkasse akordiert und sieht folgendermaßen aus. Pro Facharzt kommen in Wels 1.329 Einwohner und damit liegt Wels oberösterreichweit an erster Stelle. Im Vergleich dazu hat Linz pro Facharzt 1.502 Einwohner und Steyr 1.358 Einwohner pro Facharzt. Der Durchschnitt für ganz Oberösterreich liegt bei 3.410 Einwohner pro Facharzt.

Wo ich aber dem Kollegen Kroiß jedenfalls Recht gebe, das ist die Problematik in Bezug auf Augenärzte. Es gibt wirklich sehr lange Wartezeiten, aber ich kann sagen, dass es derzeit Gespräche zwischen der Ärztekammer, dem Klinikum und der Gebietskrankenkasse gibt, und zwar mit dem Ziel, in Wels ein augenärztliches ambulatorisches Versorgungszentrum zu errichten. Diesbezüglich laufen schon sehr intensive Gespräche und ich hoffe, dass wir nach dessen Einrichtung die Wartezeiten verkürzen können.

GR. Mag. Holter: Ich finde es sehr gut, dass der Kollege Kroiß dieses Thema angesprochen hat und es stellt sich in diesem Zusammenhang sehr wohl die Frage, wie oder von welchen Stellen aus in Wels Gesundheitspolitik betrieben wird und welches Ziel damit erreicht werden soll. Der Kollege Kroiß sagte zuerst, dass es in Wels nur noch vier Augenfachärzte mit Kassenverträgen gibt, wobei dies vor einigen Jahren noch sieben Fachärzte waren. Hier hat offensichtlich eine Reduktion stattgefunden, wobei eine solche nicht nur in diesem Bereich erkennbar ist.

Vielleicht soll man auch einmal offen ansprechen, welcher Sinn mit solch einer Reduktion verbunden wird, zumindest von jener Seite her, die das beabsichtigt. Also, wahrscheinlich liegt der Sinn darin, durch einen derartigen Facharztmangel – solche Wartezeiten sind ja wirklich annähernd unzumutbar, was aber nicht nur die Augenärzte betrifft, nur war es bei diesen immer schon am engsten – die Zeit für solche Ambulatorien, wie eines von der Frau Kollegin Huber gerade ins Gespräch gebracht wurde, reif zu machen. Wenn sich beispielsweise solche Ambulatorien im Bereich des Klinikum Wels ansiedeln, dann können diese sozusagen doppelt bedient werden, nämlich von Fachärzten, die keine Kassenverträge haben und von Spitalsärzten, denen die Möglichkeiten zur Führung einer eigenen Privatordination immer mehr genommen werden. Früher war es ja für Primärärzte prinzipiell und für Oberärzte sehr häufig möglich, durch Sondervereinbarungen mit ihren Dienstgebern zu erreichen, dass sie

auch Ordinationstätigkeiten in größerem oder vielleicht auch eingeschränktem Maße durchführen konnten.

Es scheint nun eine gesundheitspolitische Linie zu sein – ich halte diese nicht für gut – diverse Behandlungen immer mehr in Ambulatorien zu konzentrieren. Und durch einen erzeugten Fachärztemangel führt das im Endeffekt leichter zu derartigen Unternehmungen. Ich bin jedoch grundsätzlich der Meinung – wahrscheinlich wird das auch die Bevölkerung so sehen – dass die Versorgung im Wege der niedergelassenen Fachärzte wahrscheinlich immer noch die persönlichste ist und damit das größtmögliche Vertrauensverhältnis verbunden erscheint. Stellt man das mit der Behandlung im Ambulatorium gegenüber, so wird man dort wahrscheinlich jedes Mal auf einen anderen diensthabenden Arzt stoßen, die Abläufe werden möglicherweise immer wieder geändert und man ist vielleicht von irgendwelchen Zufälligkeiten abhängig, die allesamt nicht von Vertrauen gestützt werden.

Das bedeutet, dass das Aufgreifen dieses Themas uns irgendwo auch auf die Hut in der Weise bringen sollte, ob dieses geplante Zentralisieren in Ambulatorien wirklich als letzter Schluss der medizinischen Weisheit gelten kann. Ich bin so wie der Kollege Kroiß der Meinung, dass man insbesondere schauen muss, die Zahl der Stellen für niedergelassenen Ärzte auf den Bedarf der Bevölkerung abzustellen, wobei es nicht nur um die Augenärzte geht, sondern beispielsweise um die Stellen für Neurologen oder Psychologen, speziell für Kinderpsychologen. Es gibt also nicht nur in einem Bereich akute Mängel in Wels im Bereich der ärztlichen Versorgung, wobei ich hier natürlich nur die Terminproblematik anspreche. Und ich finde, es ist unsere Aufgabe als Kommune, darauf zu schauen, dass wir medizinisch nicht einfach von irgendwelchen zentralen Einrichtungen abhängig werden. Ich glaube, wir sollten diesen Bereich doch etwas hellhörig beobachten.

Bgm. Dr. Koits: Ich kann ihnen zusichern, dass die Kollegin Huber und ich mit den Damen und Herren der Gesundheitseinrichtungen, sprich der Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer, wieder einmal Kontakt aufnehmen werden, so wie das eben laufend zu verschiedenen Themen geschieht, egal ob zum Thema der Augenärzte oder anderer Fachärzte. Ich kann ihnen nur sagen, dass es ein ständiger Kampf ist, die vorhandenen Facharztstellen in Wels behalten zu können, weil die Gebietskrankenkasse und die Ärztekammer das Ziel haben, den ländlichen Raum stärker mit Fachärzten zu beteilen und sie meinen, dass damit verbunden in Wels selbst eine Erleichterung für die ansässigen Fachärzte eintreten müsste. Auf der anderen Seite wissen wir doch sehr genau, dass viele Leute von auswärts, die in Wels ihren Arbeitsplatz haben, genauso hier in Wels die Fachärzte aufsuchen, weil ihnen das zeitlich irgendwie gelegen erscheint.

Wie ich aber schon sagte, nehmen die Kollegin Huber und ich diese Anregung gerne zur Kenntnis und wir werden entsprechende Kontakte zur Gebietskrankenkasse und zur Ärztekammer aufnehmen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend kostenlose Nutzung der Linie Wels an den Samstagen vor Weihnachten ab 29.11.2008:

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion zur Kenntnis und stellt fest, dass dieser den Formvorschriften entspricht.

Weiters verliest der Bürgermeister den als Anlage 4 beigefügten Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion und den als Anlage 5 beigefügten Zusatzantrag der FPÖ-Fraktion, wozu er noch anmerkt, dass überprüft wird, ob diese Bezeichnungen richtig gewählt wurden.

Dem Antrag der ÖVP-Fraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung in Hinblick auf den Austritt Österreichs aus EURATOM:

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 6 beigefügten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis und stellt fest, dass dieser mit der nötigen Anzahl von Unterschriften versehen ist und rechtzeitig eingebracht wurde.

In Hinblick auf Anträge, die vielleicht in Zukunft eingebracht werden, ersucht der Bürgermeister darum, solche Schriftstücke formell mit einem Punkt 1. in der Weise einzuleiten, dass der Gemeinderat ersucht wird, „diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.“

Dem Antrag der GRÜNE-Fraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie in Hinblick auf den bevorstehenden Fahrplanwechsel der ÖBB:

Bgm. Dr. Koits bringt auch den als Anlage 7 beigefügten Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Fraktion zur Kenntnis, der ebenfalls in ausreichender Weise mit Unterschriften versehen ist und rechtzeitig vorgelegt wurde.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrags:

GR. Mag. Springer: Ganz kurz gesagt ist meiner Ansicht nach die Dringlichkeit schon allein damit begründet, dass der neue Fahrplan bereits mit 14. Dezember 2008 in Kraft treten soll und natürlich schon zuvor eine Abklärung dieser Angelegenheit erfolgen müsste. Ist nämlich einmal dieser Fahrplanwechsel in Kraft, wird es mit Änderungen umso schwieriger.

Bezüglich der Formulierung des Antrages nehme ich selbstverständlich gern eine mündliche Abänderung vor, so wie das von Vizebürgermeister Wimmer moniert wurde. Ich „ersuche“ sie demnach, Herr Bürgermeister, sich bei den ÖBB für dieses Anliegen einzusetzen.

Dem Antrag der GRÜNE-Fraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass alle drei Anträge, denen jetzt die Dringlichkeit zuerkannt wurde, am Ende der Tagesordnung in Verhandlung genommen werden und übergibt sodann den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Teilnahme am Projekt „EnergieStadt Wels“  
DI-P-001-2008, miterledigt:  
DI-Präs-2224-2008

Bgm. Dr. Koits geht ausführlich auf den als Anlage 8 beigefügten Amtsbericht ein.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidialausschuss am 20.10.2008:

- 1.) Die Stadt Wels fördert das Projekt „EnergieStadt Wels“ mit einem Betrag von € 75.000,-- an die EWW AG.
- 2.) Die vom Land Oberösterreich gewährten Subventionen für dieses Projekt werden von der Stadt Wels an die EWW AG weitergeleitet.

GR. Mag. Springer: In den vergangenen Jahren wurde sehr oft das Thema „Energiesparen und Erneuerbare Energie“ in Wels zitiert und aufgegriffen bzw. wurden verschiedene Schritte zum Thema gesetzt. Aber mit dem heutigen Beschluss setzen wir einen ersten Schritt in die tatsächlich richtige Richtung, das heißt, wir kommen zu einer umfassenden Bearbeitung des Energiesparens in Wels. Bisher erschöpfte sich nämlich die Behandlung des Themas Energie zumeist in einzelnen, natürlich lobenswerten Bauwerken mit hervorragenden Energiewerten und in der Ausrichtung der Energiesparmesse sowie der Energy-Globe-Verleihung. Jetzt geht es aber darum, tatsächlich den Gesamtenergieverbrauch der Stadt zu senken – dieser ist in den letzten Jahren immer nach oben gewachsen – und innerhalb dieses verringerten Gesamtenergieverbrauchs den Anteil der Erneuerbaren Energie in Richtung 100 Prozent zu steigern.

Das beste Energiesparkonzept wäre aber nahezu wirkungslos, würde es sich nur auf den eigenen unmittelbaren Wirkungsbereich der Stadt beschränken. Dieser unmittelbare Wirkungsbereich der Stadt umfasst am Energiesektor ungefähr ein Prozent. Wem nützt es, wenn im Rahmen dieses einen Prozents vorbildlich geplant und fast nur noch Erneuerbare Energie verwendet wird, wenn die anderen 99 Prozent unberücksichtigt bleiben? Und genau darum geht es jetzt. Bei diesen 99 Prozent des Gesamtenergie-

verbrauchs kann die Stadt zwar nicht direkt eingreifen, aber sehr wohl politisch lenken und fördern.

Ich glaube, um diese 300.000 bzw. um diese 250.000 Euro, die für den ersten Schritt bereitgestellt sind, kann man sich ein Konzept erwarten, das, wenn danach die einzelnen Maßnahmen umgesetzt werden, wirklich Auswirkungen zeigt. Das nicht etwa in Form eines halben Prozents Einsparung da und zwei Prozent dort oder im Ausmaß von vier, fünf Passivhäusern mehr, sondern wirklich in einem Einsparungsbereich von 40, 50 oder 60 Prozent bezogen auf den Gesamtenergieverbrauch in den nächsten 20, 25 oder 30 Jahren. Ich erhoffe und erwarte mir eine Konzepterstellung, wo für die einzelnen Bereiche des Energieverbrauchs, und zwar für Gebäude – das umfasst sowohl die Wärme als auch die Kühlung – sowie für Strom und Verkehr die Einsparungspotenziale mitsamt zeitlichem Horizont erhoben und entsprechende Maßnahmen, damit die Einsparung erreicht wird, vorgeschrieben werden. Damit zusammenhängend wird es natürlich spannend, denn wir müssen jede einzelne dieser Maßnahmen beschließen und sie werden teilweise viel Geld kosten. Aber wenn man das Gesamtziel nicht aus den Augen verliert, sollte es nicht schwerfallen, dieses Geld auszugeben. Und dieses Gesamtziel kann nur darin liegen, dass die Stadt Wels von künftigen schwerwiegenden Energiekrisen nicht so hart getroffen wird wie vergleichbare andere Städte. Handel und Wirtschaft, die ja dem Menschen dienen sollen und nicht umgekehrt, müssten weiter funktionieren. Und es sollte schlicht und einfach die Lebensqualität in Wels höher sein als dort, wo man nicht die richtigen Prioritäten setzt.

Natürlich geht es dabei nicht um einen Wettkampf, sondern vielmehr um eine Vorbildwirkung auf andere Städte und Regionen, im Endeffekt auf die ganze Welt, damit global gesehen der Energieverbrauch sinkt, umweltverträglicher wird und damit die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels verhindert werden können. Und es kann natürlich nicht darum gehen, dass nur wir eine hohe Lebensqualität haben, die meisten anderen nicht. Ziel muss es also sein, dass auf der ganzen Welt die Lebensqualität ähnlich hoch ist wie bei uns, aber davon sind wir, wie wir wissen, sehr weit entfernt, vielleicht weiter als je zuvor, zumindest was den materiellen Wohlstand betrifft.

Und das bringt mich jetzt zum zweiten Thema, dem „Global Footprint“. Ein kleinerer Teil des heutigen Beschlusses widmet sich ja einem Projekt zum „Global Footprint“. Diese Maßzahl, der ökologische Fußabdruck, berechnet so umfassend wie möglich den Ressourcenverbrauch der Erde. Jeder Rohstoff, den wir für Energiebedarf, Ernährung und sämtliche Konsumgüter in Anspruch nehmen, benötigt eine bestimmte Fläche. Nun ist in unserem Amtsbericht zu lesen, dass der Durchschnitts-Österreicher 4,9 global hectar in Anspruch nimmt. Leider nicht zu lesen ist, was dieser Wert eigentlich bedeutet, und wie viel für die ganze Welt eigentlich zur Verfügung steht. Es sind das nämlich pro Person nur 1,8 global hectar, berechnet aufgrund des derzeitigen Bevölkerungsstandes. Rechnet man aber längerfristig mit einer Weltbevölkerung von 10 Milliarden Menschen, steht uns nur etwas mehr als ein Hektar zur Verfügung. Das heißt also, dass wir in Österreich drei- bis fünfmal so viel verbrauchen, wie uns eigentlich zusteht. Wenn die ganze Weltbevölkerung so leben wollte wie wir, bräuchten wir drei Mal die Erde!

Im Umkehrschluss heißt das, dass unser materieller Wohlstand nicht nur, wie so oft zitiert, auf dem Fleiß vergangener Generationen basiert, sondern auch und vor allem auf Ausbeutung und Unterdrückung weiter Teile der Welt bzw. der Weltbevölkerung. Und diese Ungleichheit wird neben der ökologischen Frage und der Klimafrage ein

großes Thema in den kommenden Jahrzehnten werden. Ein global verträglicher Footprint soll der Versuch sein, die Lebensqualität hochzuhalten und trotzdem nicht auf Kosten der anderen zu leben. Bis dahin ist es noch ein sehr weiter Weg. Wir sollten ihn sofort oder so bald wie möglich beginnen, nicht nur durch die Zustimmung zum heutigen Projektantrag.

GR. Dr. Rabl: Zu allererst möchte ich mich ein bisschen echauffieren über die Art und Weise, wie dieses Projekt zustande gekommen ist, nämlich ohne Einbeziehung des Umweltreferenten. Das scheint mir deshalb so wichtig zu betonen, Herr Bürgermeister, weil es sich hier um ein klassisches umweltpolitisches Thema handelt. In diesem Zusammenhang habe ich mir auch die Referatsaufteilung angeschaut. Natürlich ist das, was hier vorgelegt wurde, ein klassisches Umweltthema, das in den Bereich des Umweltreferenten hineingehört. Ich weiß schon, dass es ihnen schwer fällt, nachdem wir einen tüchtigen Umweltreferenten haben, mit ihm irgendetwas zu koordinieren und ihm etwas zu gönnen, das in der Öffentlichkeit wirksam wird. Es stehen halt Wahlen vor der Tür und in dieser Richtung könnte man einen Schaden erleiden, würde man den Umweltreferenten zu viel einbinden. Aber ich sage ihnen, dass sie diesen Schaden ohnehin erleiden werden, egal ob sie dem Umweltreferenten zumindest jene Aufgaben übertragen, die ihm laut Geschäftseinteilung zustehen oder ob sie das eben nicht machen. So weit finde ich das von vornherein schade und ich hoffe nur – ich habe das bereits im Präsidialausschuss hinreichend klargemacht – dass diese Anregung auf verstärkte Mitbeteiligung in Zukunft berücksichtigt wird.

Ich komme jetzt zum Antrag selbst. Dieser enthält durchaus sinnvolle Dinge, nur kann ich es schon gar nicht mehr lesen, wie viel Studien es schon gibt. Es gibt einen Energiebericht, ein Strategiepapier etc. und jetzt soll neuerlich ein Konzept ausgearbeitet werden, wobei das alles jedes Mal ein paar 100.000 Euro kostet und sich fast immer über ein paar Jahre erstreckt. Sieht man sich beispielsweise den Zeitraum von 2003 bis 2008 an, so findet man immer wieder die gleichen Themen und ich warte immer darauf, wann eigentlich das, was dort und da steht, endlich umgesetzt wird, aktiv umgesetzt und konkret in Maßnahmen gefasst wird. Diesbezüglich passiert leider viel zu wenig. Wir haben ständig ein Geld für dieses und jenes Konzept, für eine Evaluierung, aber dass man einmal hergeht und sagt, dass das, was im ersten oder zweiten Energiebericht drinsteht, in die Tat umgesetzt wird, das fehlt mir konkret. Leider!

Ich kann es nicht verstehen, warum man immer noch etwas braucht und immer noch etwas. Gehen wir doch einmal all die kleinen Dinge an, die eigentlich in Hinblick auf eine Umsetzung schon feststehen, dass heißt, dass wir die angehen sollten. Ich nenne beispielsweise den sogenannten Tagesbus für die Mitbürger ab 60. Wir wissen doch, dass die Leute mehr denn je dazu bereit sind, den Bus zu benützen und nicht mehr so sehr mit dem eigenen Auto in die Stadt hereinfahren möchten. Machen wir also die kleinen Sachen! Warum sollen wir weiter immer nur Geld in irgendwelche Konzepte von irgendwelchen Beratern hineinbuttern, deren Ratschlägen wir erstens sowieso nicht folgen und zweitens träumen wir immer nur von großen Abenteuern und den Sternen am Himmel. Machen wir doch das, was uns am nächsten liegt. Das wäre sinnvoll!

Nachdem das immer anders läuft, werden wir Freiheitlichen diesem Antrag nicht zustimmen, sondern uns vielmehr der Stimme enthalten.

StR. Dr. Wieser: Herr Vortragender Dr. Koits! Vielleicht könnten sie doch auch ein paar Worte zu dem verlieren, was hier der Kollege Dr. Rabl sagte. Es geht nämlich mitunter



auch anderen Referenten so, dass sie Dinge an sich ziehen, ohne die anderen entsprechend der Geschäftsverteilung einzubinden. Sie treten also mit Themen hinaus an die Öffentlichkeit, die an sich gemeinsam erarbeitet werden sollten. Mitwirkung des Umweltreferenten in Energiefragen, so steht es nun einmal in der Geschäftsverteilung, aber ich habe in Zusammenhang mit diesem Papier nichts von einer Mitbeteiligung bemerkt.

Es ist ja auch sonst einiges von dem, was Dr. Rabl sagte, völlig richtig. Wir hatten heuer die Vorstellung des Energieberichts 2007 und sie finden auf den Seiten 41 und 43, wenn ich es recht in Erinnerung behalten habe, eine ganze Reihe konkreter kleiner Maßnahmen. Es wurden jetzt aus diesem Energiebericht heraus Vorschläge ausgearbeitet, die im Detail umgesetzt werden könnten bzw. sollten.

Wir haben über Jahre hinweg unser EnergyLand-Projekt gemeinsam mit dem E-Werk entwickelt und jetzt kommt ein Papier daher, in welchem auf einmal von „EnergyLand\_neu“ die Rede ist. Und da steht etwas von „EnergieStadt“ drinnen, was mir aber eh besser gefällt als diese EnergyLand-Bezeichnung, die irgendwo an das Walt Disney Land erinnert. „EnergieStadt“, das ist ein durchaus ordentlicher Ausdruck für ein Projekt. Man kann ihn durchaus für dieses Projekt verwenden.

Was der Kollege Springer in Zusammenhang mit der globalen Erderwärmung vorbrachte – dass wir diese abwenden sollten – das ist wirklich sehr niedlich bzw. ist es irgendwo niedlich, wenn wir uns hier in Wels darüber unterhalten, wie wir Welser helfen können, das globale Klima zu verbessern. Ich habe diesbezüglich in diesen Tagen im ORF eine Sendung mit dem ehemaligen Vizekanzler Androsch gesehen. Genau gesagt ging es dabei um „30 Jahre Volksabstimmung Zwentendorf“ und er meinte, dass die GRÜNEN doch ein bisschen schuld daran seien, wenn wir in Österreich so viel an CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben. Hätten nämlich seinerzeit die GRÜNEN nicht so sehr gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf gekämpft, wäre es nicht im Gefolge als Ersatz notwendig gewesen, Dutzende Kohle- oder Gaskraftwerke in Betrieb zu setzen, die das CO<sub>2</sub> sozusagen millionenfach in die Luft schleudern und wir damit jetzt ein Problem haben, das wir ohne die GRÜNEN in diesem Ausmaß gar nicht bekommen hätten. Abgesehen davon wissen wir noch immer nicht, wie wir aus dieser Problematik echt herauskommen könnten. Jedenfalls glaube ich nicht, dass wir mit Windrädern oder Sonstigem den Strombedarf in Österreich wirklich abdecken könnten. Was tun wir denn wirklich? Wir erzeugen aufgrund unserer Energiepolitik für die umgebenden Länder einen unheimlichen Bedarf an Atomstrom bzw. decken wir eben diesen Bedarf durch den Import von Atomstrom. In Wahrheit sind wir also in Europa ein ganz normales Verbrauchsland für Atomstrom, so wie das im Durchschnitt für alle anderen Länder zutrifft. Und wenn wir im Gemeinderat Anträge in der Richtung stellen, dass wir aus dem Bezug von Atomstrom aussteigen sollen, dann wird das eigentlich nicht zur Kenntnis genommen. Faktum ist aber nun einmal, dass wir genauso Atomstrom benötigen und verbrauchen wie alle anderen Länder.

Man muss sich auf der anderen Seite vorstellen – Androsch hat das in dieser Sendung erwähnt – dass Österreich in Hinblick auf die Erreichung der Kyoto-Ziele, die wir wegen der bestehenden Kohlekraftwerke verfehlen, wahrscheinlich mehr an Pönale zahlen muss als beispielsweise die ganze Steuerreform in Österreich kosten würde. So hat er das jedenfalls gesagt und ich nehme einmal an, dass er diesbezüglich ein Fachmann ist.

Was dieses Papier in Bezug auf die „EnergieStadt Wels“ konkret betrifft, Herr Bürgermeister, meine ich und das wissen sie genauso, dass es immer auch ein wenig um das Finanzielle geht. Insgesamt sollen dafür 300.000 Euro auf die Beine gebracht werden, davon 75.000 Euro seitens der Stadt Wels. Diese 75.000 Euro, die allein für die Erstellung dieses Projektes seitens der Stadt aufgewendet werden sollen, überschreiten schon wieder einmal ganz wesentlich meine gesamten Mittel, die ich für ein ganzes Jahr über im Bereich des Umweltreferates zur Verfügung habe. Ich darf ihnen, meine Damen und Herren, dazu berichten – es geht ja auch um solche Dinge – dass es schwierigster Verhandlungen mit dem Finanzreferenten bedurfte, um überhaupt diese 64.000 für Umweltmaßnahmen zu bekommen. Sie kennen ihn ja gar nicht so richtig, weil er immer solch einen liebenswürdigen Eindruck macht, wenn er hier draußen auf der Bühne etwas vorträgt. Da müssten sie einmal in irgendeinem Kammerl unter vier Augen mit ihm zu tun haben, um selbst wahrzunehmen, wie er einem zeigt, wo der Bartel den Most holt, nämlich nicht bei ihm, das heißt, wenn sie mehr haben wollen, sagt er ihnen, dass sie woanders hingehen sollen. Eine halbe Stunde habe ich geschwitzt, ehe es mir gelungen ist, im Jahr 2007 um 10.000 Euro mehr für Umweltmaßnahmen in der Stadt Wels herauszuquetschen. Dann bin ich ganz fertig wieder in meinen Amtsraum zurückgegangen.

Man muss sich anderseit vorstellen – der Kollege Rabl hat es schon angeschnitten – dass ganz leichtsinnig 100.000 Euro für einen Festabend im Rahmen der Verleihung des „Energy Globes“ ausgegeben werden. Sänger aus aller Welt tanzen in Wels auf und kosten einen Haufen Geld. Nebenbei werden auch noch 1.800 Leute an einem Abend verköstigt. Für einen Abend werden somit 100.000 Euro ausgegeben, mir stehen aber für ein ganzes Jahr nur 64.000 Euro zur Verfügung. Ich darf ihnen sagen, dass diese 64.000 Euro natürlich schon verbraucht sind und wir deshalb heuer keine weiteren Anträge mehr zur Auszahlung bringen können. Und wird vielleicht im Jänner nächsten Jahres das im Voranschlag für 2009 enthaltene Geld bewilligt, so reicht dieses gerade einmal dazu aus, jene Anträge zu bedecken, die schon jetzt vorliegen und einer Erledigung harren.

Das heißt also, Herr Bürgermeister, dass man auch einmal daran denken könnte, die in Wels schon laufenden Umweltprojekte mit etwas mehr Mitteln auszustatten. Da gibt es beispielsweise die Förderung von Schallschutzmaßnahmen, eine ganz wichtige Sache für die lärmgeplagten Welser. Sie sollen sich den Einbau neuer Fenster leisten können. Diese Förderung hilft den Einzelnen und es ist das Umweltschutzpolitik pur. Genauso fördern wir den Umstieg auf erneuerbare Energien, also die Anbringung von Solaranlagen, die Nutzung der Erdwärme und dergleichen. Wir könnten aber bei Vorhandensein entsprechender Förderungsmittel noch viel mehr in Wels machen. Wir könnten mit Hilfe von Förderungsmitteln noch viel mehr in Schwung bringen und damit auch einen Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft leisten.

Vzbgm. Wimmer: Herr Stadtrat Dr. Wieser, ich muss sie zur Sache bitten!

StR. Dr. Wieser: Wir reden hier vom „EnergyLand“ und von der „EnergieStadt Wels“, von Maßnahmen, Konzepten, Visionen. Genau darauf beziehen sich meine Beiträge.

Und ich habe einen Vorschlag, der in alle Richtungen günstig ausschlagen könnte, nämlich dann, wenn wir es auf die Schiene brächten, dort zu fördern, wo letztlich am wirksamsten ein Energiesparen erreicht werden kann. Es betrifft das die thermische Sanierung von Gebäuden. Helfen wir doch auch einmal den kleinen Hausbesitzern mit

ein paar 100 oder mit 1.000 Euro, wenn sie diese Objekte sanieren und damit ein entsprechendes Energiesparen erwirken. Die Bauwirtschaft selbst ist ja bekanntermaßen eine Konjunkturlokomotive und da wäre es doch nicht schlecht, im nächsten Jahr Anreize zu schaffen. Da könnten wir doch gemeinsam mit dem Landtag etwas inszenieren. Der Kollege Steinkellner hat ja kürzlich namens der Freiheitlichen im Landtag beantragt, dass das Land bei thermischen Sanierungen mithelfen sollte, weil grundsätzlich die thermische Sanierung unter dem Strich im Vergleich zu allen anderen Maßnahmen am meisten bringt. Hier möchte ich auch einmal ein finanzielles Bekenntnis der Stadt Wels sehen. Bei uns werden immer nur neue Papiere in Auftrag gegeben, aber für's Eingemachte wird kein Geld zur Verfügung gestellt.

GR. Mag. Springer: Ich möchte eine kurze Replik auf die Wortmeldung des Kollegen Dr. Wieser abgeben.

Er hat einen sehr vernünftigen Satz in Bezug auf die thermische Sanierung ausgesprochen. Selbstverständlich erwarte ich mir, dass die thermische Sanierung darin einen breiten Raum bekommt bzw. die entsprechende Berücksichtigung findet. Ich habe das zuerst nicht so konkret angesprochen, aber wenn ich sagte, dass zu 99 Prozent außerhalb des Magistrates Maßnahmen erforderlich sind, dann ist doch eigentlich ganz klar, dass damit vor allem die privaten Haushalte gemeint sind.

An dieser Stelle darf ich sagen, dass ich es etwas bedaure, wenn nun der Begriff der „Energiehauptstadt“ dem Begriff „EnergieStadt“ weichen soll. Wie auch immer, ich spreche jetzt trotzdem von der „Energiehauptstadt“ und in diesem Zusammenhang ist es ganz einfach notwendig, die Dinge politisch bestmöglich zu steuern, um zu erreichen, dass möglichst alle in der Stadt vorbildlich hinsichtlich der Maßnahmen zur Energieeinsparung sind.

Jetzt kurz etwas in Hinblick auf das Beleidigtsein wegen der Nichteinbindung des Umweltreferenten in diese Sache. Ich verstehe das und würde selbst, hätte ich das irgendwie zu entscheiden, diese Einbindung durchführen. Schon aus eigener Erfahrung befürworte ich natürlich eine Einbindung aller Parteien. Aber andererseits haben sie sich zuvor in Zusammenhang mit ihren Anmerkungen zur Atomkraft und zu den Kohlekraftwerken als Umwelt- und Energiestadtrat für meine Begriffe selbst disqualifiziert.

GR. Ing. Matzinger: Es gibt so einen schönen Spruch, der lautet: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis. Wir in der Stadt Wels gründen nicht unbedingt Arbeitskreise, aber dafür machen wir Studien.

Wenn ich mir so den Zeitplan für das „Projekt Energieregion Wels“ ansehe, wie er auf Seite 6 benannt ist, dann stelle ich fest, dass dieser bis hin an's Ende des Jahres 2011 reicht, sich dieser somit auf drei Jahre erstreckt. Und wenn ich diese Zeitleiste so vor mir sehe, denke ich auch an die Zeit zurück, nämlich an jene vor dem Jahr 2008. Da hatten wir das Thema „EnergyLand“ und das Thema „Energiepark“, womit schon so gegen Ende der 90er-Jahre begonnen wurde. Ich kann es jetzt auswendig nicht mehr so genau sagen, wann es damit begonnen hat.

In der Darstellung auf den Seiten 2 und 3 sind aber auch die Jahre 2001 und 2002 ausgelassen, das heißt, es beginnt dann wieder im Jahr 2003 mit einer Machbarkeitsstudie zum EnergyLand. Dann gab es 2003 auch noch eine Grobstudie für das Science-Center. Im Jahr 2004 scheint das Feinkonzept zum Science-Center auf und eine dies-

bezügliche Standortklärung gab es im Jahr 2005. Dann wurde 2006 die OÖ Science-Center Wels PlanungsGmbH gegründet und im Jahr 2007 scheint zum Science-Center nichts mehr auf. Für das Jahr 2008 ist der Projektstart für die „EnergieStadt Wels“ angeführt und das Science-Center ist wieder draußen. Ich habe jetzt nur zitiert, was im Amtsbericht steht. Ich habe jedenfalls das Science-Center in den Jahren 2007 und 2008 auf Seite 3 des Amtsberichtes, oben, nicht mehr vorgefunden.

Vzbgm. Wimmer: Ich auch nicht!

GR. Ing. Matzinger: Dann sind wir uns ja zumindest das betreffend einig.

Herr Bürgermeister! Ich gebe schon zu, dass ich nicht immer einer Meinung mit dem Kollegen Wieser bin, aber in diesem Fall ist es doch wirklich so, dass es überhaupt nichts nützt, wenn wir Dinge, die wir selbst beeinflussen können, nicht umsetzen.

Ich will jetzt nicht zusammen mit dem Kollegen Wieser zu Herrn Vizebürgermeister Wimmer gehen, um ihn zu bitten, die Mittel für Maßnahmen im Sinne des Umweltschutzes zu erhöhen, wenngleich es direkt ein Hohn ist, was der Kollege Wimmer über den Umweltschutz in Wels denkt bzw. was er dafür bereitzustellen gewillt ist. Dieser Betrag von zusätzlich 10.000 Euro, den er im letzten Jahr bereitstellte, ist ja wirklich nur als läppisch anzusehen, noch dazu als diese Umweltmittel praktisch schon im Jänner vergeben sind, weil man aus dem Vorjahr eine Menge an Anträgen nachzieht. Über diese Vorgangsweise kann sich aber ohnehin jeder seinen Reim machen.

Aber, Herr Bürgermeister, es bringt uns, den Welser Bürgern und der Welser Umweltsituation überhaupt nichts, wenn wir zwar bei irgendwelchen teilweise sicher hochinteressanten Geschichten mittun, uns den Kopf über die Umweltsituation in der großen weiten Welt zerbrechen, andererseits aber in Wels einfache Dinge, die wir tatsächlich relativ leicht angehen könnten, nicht umsetzen. Es freut mich für sie, Herr Bürgermeister, wenn sie namens der Stadt von irgendeiner internationalen Organisation einen Preis bekommen, nämlich dafür, wie sich die Stadt Wels für den Umweltschutz wichtig macht, wobei ich absichtlich „wichtig macht“ sage, denn im Endeffekt können wir ja trotz dieser Preise nichts dafür tun. Es bringt uns überhaupt nichts, es bringt dem einzelnen Welser überhaupt nichts, ob wir beispielsweise die Veranstaltung zur Verleihung des Energy Globes mit 10.000 oder 100.000 Euro unterstützen. Das bringt uns genauso wenig, wenn ich auf der anderen Seite daran denke, dass wir Häuser in Wels haben, die weit entfernt von einem modernen Energiestandard sind, in denen Fenster eingebaut sind, die zulassen, dass es dort zieht wie in einem Vogelhaus oder die über Heizungsanlagen verfügen, die weit weg vom letzten Stand der Technik sind. Das bringt uns doch alles nichts, wenn wir nicht auch in der Lage sind, die wirklich effizienten Dinge voranzutreiben.

Wenn ich mir überlege, was wir mit den heute zur Beschlussfassung gelangenden 75.000 Euro anfangen könnten, wie wir dem einen oder anderen helfen könnten, in Form von Zuschüssen Maßnahmen zu setzen, die das persönliche Umfeld energieeffizient verbessern und wie wir damit zu diesen Fußstapfen einen zwar kleinen, aber immerhin einen Beitrag leisten könnten, dann bin ich davon überzeugt, dass insgesamt von einem solchen Betrag die einzelnen Bürger mehr hätten als von diversen Maßnahmen oder Studien, die so ab 1998 oder 1999 laufen und die mit diesem neuen Projekt bis 2011 reichen. Da diskutieren wir dann zwölf Jahre über diverse Dinge, aber umgesetzt haben wir eigentlich nichts. Ich möchte gar nicht zusammenzählen, wie viel

wir schon für derartige Studien immer wieder ausgegeben haben, ohne davon irgendetwas umzusetzen oder zumindest nicht recht viel. Es ginge jedenfalls darum, Dinge umzusetzen, die für die gesamte Welser Bevölkerung wichtig oder maßgeblich wären und wovon jeder Einzelne etwas hätte. Es hat doch niemand etwas davon, wenn wir irgendwelchen internationalen Organisationen Geld geben, wir aber auf der anderen Seite den Welser Bürgern ähnliche Geldmittel vorenthalten bzw. nicht geben können, weil sie budgetär nicht abzudecken sind, wie es immer heißt. Diese Aussage, dass etwas budgetär nicht zu bedecken sei, hat sowieso einen speziellen Beigeschmack, denn falls beispielweise der Kollege Wimmer ein eigenes Spielzeug haben will, hat er dafür noch immer eine Bedeckung gefunden. Geht es aber um vernünftige Maßnahmen in den Ressorts anderer Referenten, speziell solcher, die nicht der SPÖ-Fraktion zuzurechnen sind, dann ist er sehr, sehr zugeknöpft. Das mag zwar parteipolitisch nicht uninteressant sein, aber für die Stadt Wels ist damit sehr wohl ein Schaden verbunden.

Vzbgm. Hochhauser: Ursprünglich hatte ich nicht vor, mich zu diesem Punkt zu Wort zu melden, aber angesichts des Verlauf der Diskussion erscheint es doch wichtig, auf gewisse Punkte einzugehen und gewisse Dinge wieder ins Lot zu bringen. Man kann einfach nicht Dinge hier im Raum stehen lassen, durch die für Außenstehende tatsächlich der Eindruck erweckt wird, als ob im Bereich des Energiesparens und der Verbesserung der Umweltsituation in Wels nichts geschehen wäre. Ich meine damit insbesondere die Wortmeldungen der Kollegen Wieser und Matzinger.

Denken wir doch etwas zurück. Es waren doch die beiden eben von mir Angesprochenen dabei, als wir uns als Stadt Wels per Beschluss des Gemeinderates in doch sehr großzügiger Weise an einem Sanierungsprojekt der Welser Heimstätte im Westen der Stadt beteiligten. Damals wurden im Zuge der Umsetzung des Energiespar-konzeptes vier Hochhäuser im Westen der Stadt entsprechend saniert und auch noch für die heutige Zeit in sehr zielgerichteter Weise mit Solaranlagen zur Energiegewinnung versehen. Allein die Kosten für die Stadt Wels beliefen sich noch in alter Währung auf 10 Mio. Schilling. Es wurden insgesamt 500 Quadratmeter an Solaranlagen auf vier Häusern errichtet und die Konsequenz daraus war natürlich eine spürbare Senkung der Betriebskosten für die Mieter in diesen Wohneinheiten und letztendlich eine Entlastung der CO<sub>2</sub>-Situation, eine spürbare Reduzierung des Energiebezuges usw.

Wir bemühen uns nicht nur seit vielen Jahren darum, sondern führen tatsächlich immer wieder eine energetische Sanierung stadteigener Gebäude durch. Und es wird dafür sehr viele Geld in die Hand genommen. Gott sei Dank stellt der Finanzreferent dafür immer wieder ganz erhebliche Mittel bereit, die eben für die Ergreifung dieser Maßnahmen notwendig sind. Ich denke, dieses Geld ist bestens angelegt, weil das Ganze eine Querschnittsmaterie darstellt bzw. gilt es, zum Thema Energiesparen entsprechende Zeichen zu setzen.

Wenn es also jetzt um dieses zusätzliche Projekt geht, kann ich nichts Negatives daran finden, so wie das der Kollege Wieser vielleicht aus irgendeiner persönlichen Betroffenheit heraus tut oder vielleicht deshalb, um in der Öffentlichkeit eine besser Darstellung zu finden. Ich finde, da wird Kritik an einer Maßnahme getätigt, die tatsächlich sinnvoll ist, die den Bürgerinnen und Bürgern sehr wohl zu Gute kommt und die letztlich uns allen im Bereich der Energiebilanz hilft. Da kann es doch keine so große Rolle spielen, ob solch eine Maßnahme oder solch ein Projekt im Ressort A oder B angesiedelt ist.

Ich denke mir, Kollege Wieser, deine Präsenz bei all diesen Themen wäre schon verbesserungswürdig. Ich denke hier beispielsweise an eine Veranstaltung, die der Städtebund zum Thema Energiesparen in Klagenfurt abgehalten hat, wo es darum ging, richtungsweisende Anregungen für die österreichischen Städte zu geben. Jedenfalls war dort nicht der Umweltreferent Dr. Wieser anwesend, sondern meine Person und ich durfte dort für die Stadt Wels diverse beispielgebende Projekte darlegen. Oder in einer Woche findet in Brüssel eine international beschickte Veranstaltung statt, bei welcher es ebenfalls um das Energiesparen geht und daran nimmt ebenfalls nicht der Kollege Wieser teil, sondern der Kollege Vizebürgermeister Hermann Wimmer.

Also, würde wirklich so viel Herzblut dranhängen, wie das hier zum Ausdruck gebracht wurde, gäbe es eigentlich genug Möglichkeiten, sich wirklich um das Energiethema in unserer Stadt anzunehmen. Da müsste man nicht unbedingt nur den Armen spielen und denjenigen, der vom Bürgermeister irgendwie an die Seite gedrückt wird.

Insgesamt glaube ich, dass wir durch all diese Maßnahmen, die wir bereits gesetzt haben und in Zukunft sicher noch setzen werden, egal ob es um Anschaffungen im städtischen Fuhrpark geht bzw. um den Einsatz von Bio-Diesel für die städtischen Fahrzeuge bzw. im Bereich des Linienverkehrs, ob wir bei unseren eigenen Gebäuden weitere Schritte in Richtung Energiesparen setzen oder sonst irgendwelche Maßnahmen ergreifen, sehr wohl einiges zur Verbesserung der Situation taten und natürlich weiter tun werden. Ich finde, wir sind hier ganz richtig auf dem Weg und auch diese 75.000 Euro seitens der Stadt zur Umsetzung des Projektes „EnergieStadt Wels“ erscheinen sehr sinnvoll angelegt zu sein.

Bgm. Dr. Koits: Zunächst danke ich dem Kollegen Springer für die positive Wortmeldung. Ich danke ihnen auch dafür, dass sie sich bei ihrem Fraktionskollegen Landesrat Anschober einsetzten, damit dieser das Projekt in dieser Weise fördert.

Was die FPÖ-Fraktion anbelangt, habe ich den Eindruck, dass man von dieser Seite her das Thema gar nicht verstehen will. Das ist für mich der springende Punkt. Sie wollen anscheinend nicht verstehen, dass es hier auch um eine relativ langfristige Energiewende geht. Es sei mir gestattet, an dieser Stelle etwas in den Mund zu nehmen, das von jemandem aus der Landesregierung kommt. An dieser Stelle geht es also darum, nicht kurzfristig zu denken, sondern in langfristigen Zeiträumen. Diese Langfristigkeit ist offenbar bei diesem Thema ganz einfach notwendig und darüber muss man sich eben im Klaren sein.

Der Herr Kollege Rabl meinte, Wahlen stünden vor der Tür. Es sei ihm natürlich unbenommen, schon jetzt auf die Wahlen hinzuweisen, die wir etwa in einem Jahr haben, ich kann ihnen aber von meiner Warte aus und namens meiner Fraktion versichern, dass diese kommenden Wahlen unsererseits von niemandem zum Anlass genommen werden, um uns auf diese Weise in den Mittelpunkt der Sache zu stellen. Es ist vielmehr schlicht und einfach so, dass es dieser Gemeinderat aufgrund des ressortübergreifenden Themas zum Anlass genommen hat, diese Angelegenheit in Zusammenhang mit einem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen, dessen Vorsitzender ich bin. Und weiters denke ich mir, Herr Kollege Wieser, dass gewisse Dinge nicht nur als Bringschuld zu sehen sind, sondern auch als eine Holschuld. Ihnen untersteht doch der ganze Geschäftsapparat und sie brauchen sich nur zu erkundigen, wie manches Projekt steht. Sie erhalten selbstverständlich jedwede Auskunft; das stellt überhaupt kein Problem dar.

Der Kollege Rabl meinte auch, wir würden nur Studien anfertigen und es käme nichts zur Umsetzung. An dieser Stelle verweise ich auf die Passivhaus-Deklaration, welche der Gemeinderat beschlossen hat. Was passiert? Jedes Gebäude, für das wir als Stadt selbst zuständig sind, wird auf seine Tauglichkeit hin überprüft und eigentlich, Herr Kollege Rabl, müssten sie doch selbst sehen, was so alles in der Stadt passiert ist, nämlich seit Beschlussfassung der Energie-Deklaration durch den Gemeinderat im Jahr 2003. Da wurde doch in vielen Bereichen etwas getan.

Ich habe jetzt vom Energiesparkonzept gesprochen, von der Passivhaus-Deklaration sowie von der Energie-Deklaration und muss sagen, dass diesbezüglich die Initiativen nicht vom Referenten aus ihren Reihen ausgingen, sondern von anderen Fraktionen. Als Bürgermeister muss ich sagen, dass diese Initiativen vornehmlich von der SPÖ-Fraktion ausgegangen sind. Leider haben wir diesen Zustand bzw. würde ich mir wünschen, dass auch der Kollege Wieser eine entsprechende Eigeninitiative ergreift. Gäbe es diese Initiative, hätte er meinerseits sicher jedwede Unterstützung.

Ebenso bin ich gerne dazu bereit, mit dem Finanzreferenten das Gespräch zu suchen, wenn es darum geht, ausständige oder zur Erledigung anstehende Förderungsanträge tatsächlich zu erledigen bzw. uns dafür einen entsprechenden Zeitraum zu geben. Das könnte er aber alles selbst machen. Es war beispielsweise nicht einmal ein so riesiges Problem, als es darum ging, für Straßenreparaturmaßnahmen zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen. Da gibt es nicht nur große Dinge, sondern oftmals auch Kleinigkeiten und wir haben uns darüber beraten, ob wir das finanziell packen könnten. Wir kamen zum Schluss, dass es finanziell sehr wohl geht und so kommen eben noch heuer gewisse Dinge zur Ausführung.

Es stimmt schon, dass aufgrund dieser Deklarationen oder dieser Studien, die wir in Auftrag gegeben haben, einiges zu tun wäre. Man muss sich halt der Dinge annehmen. Und was wir jetzt in Auftrag geben, das ist eben eine konsequente Nachvollziehung all dessen, was schon bisher geschehen ist.

Jetzt darf ich zum Kollegen Matzinger kommen. Also, die Sache mit dem Arbeitskreis, wenn man nicht weiter weiß, ist schon so uralte, dass ich darauf gar nicht näher eingehen möchte. Aber bitte, offenbar ist das ihre Art, an die Dinge heranzugehen. Sie dürften beispielsweise völlig darauf vergessen haben, dass wir seit Einführung der Förderungsrichtlinien für Energiesparmaßnahmen ca. 4.000 Förderungsanträge positiv erledigt haben. Seitens der Stadt wurden in diesem Zusammenhang über 3,5 Mio. Euro an Förderungsgeldern vergeben. Ich habe das leider nicht mehr genau im Kopf, aber in diese Richtung geht das und angesichts dessen können sie doch nicht einfach sagen, dass 4.000 erledigte Anträge allein in der Stadt Wels nichts sind. Wir haben auch etliche Unternehmen unterstützt, die sich um energiesparende Maßnahmen bemühten. Sie können doch nicht sagen, dass diese doch sehr deutlichen Summen einfach nichts sind oder dass angesichts dessen nichts getan worden wäre.

Weiters denke ich an das vom früheren Kollegen Klinghuber mitunterstützte Lärmschutzprojekt entlang der Bahn. Wir als Stadt haben uns wirklich mit viel Geld beteiligt, damit dieses riesige Projekt über die Bühne gebracht werden konnte. Das sind doch lauter Beispiele dafür, wo der Umweltschutz oder das Energiesparen gelebt wurde und wird. Sie scheinen aber das alles nicht zu sehen oder zu bemerken. Bedauerlicherweise ist das so!

Ich bin jedenfalls gerne dazu bereit, genauso unsere Fraktion, Herr Fraktionsvorsitzender, wie ich annehme .....

Vzbgm. Wimmer: Selbstverständlich, Herr Bürgermeister!

Bgm. Dr. Koits: ..... zusammenzuarbeiten, nämlich mit allen Fraktionen hier herinnen. Das ist doch ein Thema, bei dem sich nicht einer allein in den Vordergrund stellen muss, denn hier geht es in erster Linie um die Sache, um zukunftsweisende Fragen, die für uns alle von größter Wichtigkeit sind. Und dieses Sachthema wollen wir eben mit Hilfe dieses Projektes weiter vorantreiben.

Somit ersuche ich jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird mit

26 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
bei 4 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Welser Christkind GmbH;  
Gewährung eines Investitionszuschusses  
FD-Fin-204-2008

Vzbgm. Wimmer verweist auf den als Anlage 9 beigefügten Amtsbericht und darauf, dass am 21. Oktober anlässlich einer Veranstaltung in der Minoriten die Neukonzeption der Welser Christkindlmärkte in aller Ausführlichkeit vorgestellt wurde.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 20.10.2008:

Die Stadt Wels gewährt der Welser Christkind GmbH für Investitionen in die neuen Christkindlmärkte in Wels (am Stadtplatz und im Pollheimerpark) eine nicht rückzahlbare Subvention i.H.v. € 81.250,-. Die Auszahlung des Gesamtbetrages erfolgt nach Beschlussfassung des Gemeinderates und formaler Bereitstellung der Mittel.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.



Berichterstatter Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

3.)

Untere Traun, Sanierung Hochwasserschutzdamm Saag;  
Kostenbeteiligung durch die Stadt Wels;  
Abschluss eines Übereinkommens mit der Marktgemeinde Gunskirchen  
und der Wels Strom GmbH  
HT-BauW-49-2004

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 23.10.2008:

Der Abschluss eines Übereinkommens (Anlage 10) zwischen der Stadt Wels, der Marktgemeinde Gunskirchen und der Wels Strom GmbH betreffend die anteilige Kostenübernahme für die Errichtung und Instandhaltung des Hochwasserschutzdammes Saag wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

4.)

Landwirtschaftskammer für Oberösterreich, 4021 Linz, Auf der Gugl 3;  
Verkauf eines städteigenen Grundstückes  
BauD-LV-31-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 23.10.2008:

An die Landwirtschaftskammer für Oberösterreich, 4021 Linz, Auf der Gugl 3, wird die städteigene Liegenschaft Einlagezahl 1466, KG. Lichtenegg, mit der Grdst. Nr. 692/4 unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Als Kaufpreis wird ein Betrag von € 142.830,-- vereinbart.
2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, die Vermessungskosten und die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Käuferin.
3. Der Abschluss des als Anlage 11 beigefügten Kaufvertrages wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 75) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 51)  
BZ-BauR-3528-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 23.10.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (75. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (51. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 88) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 64)  
BZ-BauR-3513-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 23.10.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (88. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (64. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 105/1.20 (Stadtteil: Innenstadt)  
BZ-BauR-3703-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 23.10.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 105/1.20 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 117/3.2 (Stadtteil: Pernau)  
BZ-BauR-3715-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 23.10.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 117/3.2 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

9.)

Evangelisches Diakoniewerk, 4210 Gallneukirchen, Martin-Boos-Straße 4;  
Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für das Tageszentrum  
im Welser „Haus für Senioren“  
SO-APH.-141.620-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Familien- und Jugendausschuss am 02.10.2008:

1. Dem Evangelischen Diakoniewerk Gallneukirchen, 4210 Gallneukirchen, Martin-Boos-Straße 4, wird zu den Errichtungskosten des Tageszentrums im „Haus für Senioren“ in Wels, Dr.-Schauer-Straße 5, ein Investitionszuschuss von € 150.000,- gewährt. Die Auszahlung erfolgt in fünf Jahresraten zu jeweils € 30.000,- in der zweiten Jahreshälfte, beginnend 2008 bis 2012.
2. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist bis spätestens 31.12.2009 zu erbringen.

GR. Weidinger: Wir entnehmen dem Amtsbericht bzw. dem Beschlussantrag, dass hier die Stadt Wels auf fünf Jahre verteilt einen Investitionszuschuss leistet und dass sich dieses Tageszentrum speziell um demente Besucher und Besucherinnen kümmert.

Meine Damen und Herren! Demenz ist in Österreich bei den älteren Mitmenschen der häufigste Grund für Pflegebedürftigkeit. Laut Schätzungen gibt es zur Zeit rund 100.000 Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Diese Situation stellt für die Gesellschaft in Zukunft eine große Herausforderung dar. Demenz ist eine schleichende Krankheit und für die Familienangehörigen als große psychische Belastung zu sehen. Es gibt nicht nur

den „ruhigen“ Verlauf einer Demenz, sondern es gibt bei manchen Demenzkranken auch ein recht aggressives Verhalten, was natürlich umso schlimmer ist.

Menschen, welche Demenzkranke pflegen, dürfen von der Gesellschaft nicht vernachlässigt werden. Es gibt Selbsthilfegruppen, die ganz wichtig sind und es wäre sicher nicht schlecht, würden diese weiter ausgebaut. Pflegende Angehörige fühlen sich nämlich oft alleingelassen und sie sind nach oft langjähriger Pflege demenzkranker Menschen physisch und psychisch am Ende. Die Tagesbetreuung von Demenz-erkrankten soll dabei die Lücke zwischen ambulanter und stationärer Versorgung schließen. Vorrangig ist hier, den erkrankten Menschen eine möglichst hohe Lebensqualität trotz fortschreitender Erkrankung zu bieten, nämlich durch Gewährung einer kontinuierlichen, ganzheitlichen und professionellen Betreuung bzw. Pflege. Diese Tagesstätte soll natürlich den Familienangehörigen auch eine gewisse Entlastung bieten, damit sie doch wieder über den Tag hin Kraft schöpfen können.

Wir von der ÖVP Wels empfinden es als eine Verpflichtung, kranke Menschen und natürlich auch die Familienangehörigen entsprechend zu unterstützen bzw. diesen eine Hilfestellung zu geben. Selbstverständlich werden wir diesem Subventionsantrag Folge leisten.

StR. Huber: Ich danke für diese sehr konstruktive Wortmeldung. Es stimmt, dass die Demenz eine große Herausforderung darstellt, vielleicht die größte, die uns in nächster Zeit begegnet. Wir schätzen, dass derzeit zwischen 700 und 1.000 Menschen in Wels an Demenz erkrankt sind. Es braucht der Unterstützung seitens der Familienangehörigen und andererseits bemühen wir uns selbst, Vorsorge zu treffen, beispielsweise auch im Bereich des neuen Pflegehauses in der Vogelweide. Es muss unser Ziel sein, Wels zu einer Stadt zu machen, die eine demenzfreundliche Einstellung hat. In diesem Sinne danke ich nochmals für deine Wortmeldung und ersuche jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Gerhard Kroiß

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Ausarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für die Stadt Wels  
DI-Verf-345-2008

GR. Kroiß: Polizeiliche Maßnahmen in breitem Ausmaß sind notwendig, um kriminelle Auswüchse in den Griff zu bekommen. Auch wenn die Polizei sehr viel Zeit und Kraft im Bereich der Vorbeugung bzw. Aufklärung aufwendet, ist dennoch das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser im Argen.

Natürlich ist die Polizei Wels für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zuständig, aber es reichen, wie schon gesagt, polizeiliche Maßnahmen nicht mehr aus, um diese Zustände abstellen zu können. Hier ist die Stadt Wels im Sinne einer kommunalen Sicherheitspolitik gefordert. Andere Städte haben längst die Bedeutung einer kommunalen Sicherheitspolitik erkannt und sie erarbeiteten Sicherheitskonzepte bzw. haben sie diese umgesetzt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Freiheitliche Fraktion hat schon lange das Sicherheitsbedürfnis der Welser Bevölkerung erkannt und sie hat deshalb im Gemeinderat schon oft unter anderem mehr Personal für die Welser Polizei, Video-Überwachungen und auch städtische Ordnungskräfte gefordert. Stets haben jedoch SPÖ, ÖVP und natürlich auch die GRÜNEN unsere Anliegen zur Erhöhung der Sicherheit in Wels mit allen möglichen fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Und dann gab es die üblichen Lippenbekenntnisse – wir brauchen mehr Polizei und wir sind auch für mehr Sicherheit – aber eigentlich wurde immer nur scheinbar auf das Sicherheitsbedürfnis der Welser Bevölkerung reagiert. Damit hatte es sich auch schon wieder mit dem Sicherheitsbekenntnis von SPÖ, ÖVP und GRÜNE. Jede weitere Verantwortung wurde immer nur auf den Bund bzw. auf die Polizei abgeschoben.

Dabei muss ich aber an dieser Stelle doch sagen, dass in manchen Bereichen nun schon mit einem leichten Umdenken begonnen wird. So werden ja künftig Bedienstete des Magistrates in einheitlicher Kleidung als Streifendienst unterwegs sein und für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen. Ich bin mir sicher, dass in der Debatte wieder alle drei abstreiten werden, dass es sich hier in Bezug auf die Sicherheit um berechnete freiheitliche Forderungen handelt. Wir wollen aber keinen Vaterschaftsstreit auslösen bzw. sind wir froh darüber, wenn die Stadt Wels etwas für die Sicherheit tut. Und so freut es mich, wie ich heute in der Zeitung lesen konnte, dass der neue Welser ÖVP-Chef einen Ordnungsdienst fordert, welcher die Polizei in der Nacht unterstützen soll.

Und ich bin mir sicher, dass noch weitere Forderungen im Rahmen unserer Sicherheitsinitiative, die wir im Juni mit einer Unterschriftenaktion begonnen haben, erfüllt werden. Bei dieser Sicherheitsinitiative haben wir uns jedenfalls direkt an die Welser Bevölkerung gewandt und wir haben an den unterschiedlichsten Orten Unterschriften gesammelt bzw. mit der Bevölkerung über ihr Sicherheitsempfinden diskutiert.

Auch der Herr Bürgermeister hat im Sommer ein umfassendes Sicherheitskonzept für die Stadt Wels in Auftrag gegeben. Das Ergebnis sollte bereits im Herbst vorliegen, aber, Herr Bürgermeister, es kommt nun bald der Winter und es gibt noch immer kein Sicherheitskonzept der SPÖ.

Wir haben unsere Unterschriftenaktion mittlerweile beendet und ich möchte sie über das Ergebnis, die Wünsche und berechtigten Sorgen der Welser informieren.

Rund 2.000 Personen haben unsere Initiative unterschrieben und es werden mehr Anstrengungen seitens der Stadt Wels in Richtung Sicherheit gefordert. Das heißt also, dass 2.000 Personen mit ihrer Unterschrift bekräftigt haben, dass sie mehr Polizei haben wollen, mehr an Video-Überwachung und dass sie im öffentlichen Bereich zusätzliche Sicherheitsorgane seitens der Stadt eingesetzt haben möchten. Die Gründe für diese Überlegungen sind vielfältig und sie wurden schon mehrfach angesprochen. Es ist ganz einfach so, dass durch Einbruchsdiebstähle, Vandalismus, Sachbeschädigungen und Anpöbeleien das Sicherheitsgefühl beeinträchtigt ist. Sehr viele Leute

haben uns auch ihre persönlichen Eindrücke als Betroffene erzählt, speziell ihre Gefühle, wenn sie Opfer eines Einbruchs wurden. Ich weiß nicht, ob sie schon jemals mit einem Einbruchopfer gesprochen haben. Es geht solch einem Opfer vielfach nicht um den materiellen Schaden allein, der bei einem solchen Einbruch verübt wurde und der oft von einer Versicherung gedeckt ist, sondern es geht noch weit mehr um die Psyche der Opfer und das Gefühl, dass ein Fremder im Haus oder in der Wohnung war. Viele Welsler würden sich ja gerne etwa durch den Einbau von Alarmanlagen besser schützen, aber solche Vorhaben scheitern immer wieder an den Kosten. Auch diesbezüglich sollte sich die Kommune überlegen, ob sie nicht Förderungsmittel für den Einbau von Sicherungsanlagen bereitstellen könnte.

Herr Bürgermeister! Die Stadt Wels sollte sich unserer Meinung nach nicht nur als Energiehauptstadt positionieren, sondern auch als Sicherheitshauptstadt. Sicherheit hat etwas mit Geborgenheit zu tun und die Bürger wollen sich nun einmal in ihrer Stadt geborgen fühlen. Ein erster Schritt hiezu bestünde in einem Sicherheitskonzept, das ausgearbeitet werden sollte. Dieses sollte sich an den Grundsätzen orientieren, die wir als Begründung für unseren Antrag hingeschrieben haben.

Ich ersuche sie also, diesem heutigen Initiativantrag zuzustimmen.

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Meine Fraktion stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der FPÖ-Fraktion dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner bringt folgendes Ergebnis:

Der Initiativantrag (Anlage 16) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung mit

26 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
bei 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zugewiesen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Ing. Wolfgang Matzinger

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Nicht-Erhöhung  
des Preises für Gas und Fernwärme für die Dauer eines Jahres  
DI-Verf-343-2008

GR. Ing. Matzinger: Ich möchte etwas zitieren, das ich vor nicht allzu langer Zeit gelesen habe. Es heißt hier: „Es kommen PensionistInnen zu uns, die in ihrer Wohnung einen dicken Mantel tragen aus Angst vor der nächsten Heizkostenabrechnung. Es kommen Mütter, die nur einen Raum heizen, weil das Geld kaum für das Notwendigste reicht. Vielleicht verkühlt sich ein Kind, wenn es in der Nacht durch kalte Zimmer zum Klo gehen muss. Ein junger Vater erzählt uns, dass er oft ins Einkaufszentrum geht, aber nicht zum Einkaufen, sondern damit sich seine beiden Kinder aufwärmen können.“ So also ein Zitat von DDr. Michael Landau, der, wie er selbst sagt, um die Sorgen und Ängste der Menschen Bescheid weiß.

Unser Antrag, darauf einzuwirken und damit zu verhindern, dass die Gaspreise und die Preise für die Fernwärme in Wels erhöht werden, geht in diese Richtung. Und so möchte ich auch die Begründung unseres Antrages gern zur Verlesung bringen.

„Auf Grund der stark gestiegenen Inflation insbesondere im Zusammenhang mit den gestiegenen Energiepreisen kämpfen immer mehr Haushalte mit finanziellen Problemen. Besonders alleinerziehende Mütter und Pensionisten sind von den Teuerungen im Energiebereich existenziell betroffen. Um eine weitere Verschärfung der Situation hintanzuhalten, sollen die Preise für Gas und Fernwärme für zumindest ein Jahr auf dem derzeitigen Preisniveau eingefroren bleiben. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der Welser Haushalte geleistet.“

Wenn sie den „Kurier“ vom Samstag, dem 1. November 2008, Seite 19, lesen, so findet sich Wels mit dem E-Werk bei den „Siegern“ der Erhöhung der Energiepreise. Das E-Werk Wels erhöhte um 21,5 %, die Erdgas OÖ um 23,9 % und getopt wird das Ganze von der steirischen Gas/Wärme und von der EVN.

Auf der anderen Seite lese ich die OÖ Nachrichten vom 6. November 2008, wo drinsteht, dass die Gasversorger über eine Senkung der Preise nachdenken. Hier steht: „Die oberösterreichischen Versorger denken über eine Gaspreissenkung nach, gaben sich aber am Donnerstag gegenüber der APA noch abwartend. Man wolle den Ölmarkt noch etwas beobachten, hieß es. Sollte die derzeitige Entwicklung aber anhalten, werde es zu einer Preissenkung in der Größenordnung zwischen 7 und 10“ – ich gehe davon aus, dass es Prozent heißen soll, was hier nicht steht – „kommen, erklärte der Geschäftsführer Klaus Dorninger von der Erdgas OÖ.“ Und als Zeitpunkt für eine Senkung wird angeführt, dass dies Anfang Februar sein könnte.

Ich habe jetzt einmal versucht, dieses Thema von einer anderen Seite her zu betrachten und wenn man sich ansieht, wie die Gaspreise auf den internationalen Märkten zurückgegangen sind, so stellt man fest, dass es sich hierbei um Dimensionen im Bereich von 20, 30, 40, 50, 60 Prozent handelt, je nachdem wie die Relation zwischen Euro und Dollar gerade ausfällt. Aber lassen wir nun einmal diese Dinge außer Acht, die sich mehr oder minder kompliziert darstellen und kommen wir sozusagen auf den eigenen Markt zurück.

Per 1. November 2008 wurde von der OÖ. Erdgas eine Erhöhung um 22,9 % und vom E-Werk um 21,5 % vorgenommen. Der Berichterstattung entnehmen wir aber, dass, weil wir ja so sozial sind, möglicherweise im Februar nächsten Jahres eine Senkung des Gaspreises kommen wird. Auch wenn sie es jetzt vielleicht nicht hören wollen, aber diese ganzen Wahlforscher oder Wahlbeobachter kennen sehr wohl diesen Zyklus, der etwas mit der Nähe oder Entfernung von Wahlen zu tun hat. Da gibt es beispielsweise vor Wahlen eine vermehrte Zahl von Spatenstichfeiern, eine vermehrte Zahl von Eröff-

nungsfeiern, diverse Senkungen und nach Wahlen gibt es dann wieder diverse Erhöhungen, was man gerade in Zusammenhang mit den Heizkosten sieht. Wer hätte sich denn vor den Nationalratwahlen Ende September dieses Jahres getraut, Energiepreiserhöhungen durchzuführen? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, das irgendeiner von den Politikern diesen Selbstmord begehen hätte können. Jedenfalls haben wir jetzt eine Erhöhung von rund 22 % und was wird laut Prognose im Februar nächsten Jahres sein? Da ist man so großzügig und ändert bzw. senkt den Preis zwischen 7 und 10 Prozent. Netto wird demnach immer noch eine Erhöhung im Ausmaß von rund 10 Prozent übrig bleiben und ich betrachte dies als eine Augenauswischerei, die in keiner Weise irgendetwas mit Preiserhöhungen auf dem Welt-Rohstoffmarkt zu tun hat. Das passt nicht zusammen und schon gar nicht in einer Zeit, in welcher jedem angeraten wird, seinen Gürtel enger zu schnallen. Im Endeffekt werden in diesen Bereichen auf Kosten der einzelnen Bürger, auf Kosten der Schwächsten Gewinne gemacht. Und das noch dazu in Bereichen, wo die Städte und Länder den größten Einfluss haben.

Ich bitte sie also, meine Damen und Herren, diesem Antrag zuzustimmen, damit wir wenigstens für ein Jahr diese Berg- und Talfahrt bei den Energiepreisen – auf die Berg- und Talfahrt der Aktienkurse haben wir sowieso keinen Einfluss – dahingehend auffangen können, dass nicht alle paar Monate eine Erhöhung oder Senkung stattfindet. Auch jetzt ist eine solche Erhöhung von 22 oder 27 Prozent nicht gerechtfertigt, denn schließlich sinken ja auf dem Weltmarkt die Preise. Versuchen wir also, die einzelnen Bürger in der Weise zu entlasten, dass wir diese Preiserhöhungen zurücknehmen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Anreitter: Angesichts solcher Diskussionen um die Energiepreise kann man ja wirklich froh darüber sein, dass wir heute schon beschlossen haben, uns an einem Projekt zu beteiligen, bei welchem es um den Ausstieg aus fossilen Energieträgern geht. Natürlich werden solche Vorhaben erst irgendwann einmal greifen und in der Zwischenzeit müssen wir uns noch mit gewissen Problemen beschäftigen.

Wir halten es auch für richtig, dass wir die Menschen finanziell entlasten, vor allem jene, die es besonders schwer haben, etwa Pensionisten oder alleinerziehende Mütter. Andererseits glauben wir, dass ein Antrag wie dieser, der alle über einen Kamm schert, nicht sinnvoll ist und ich möchte daher den Geschäftsordnungsantrag stellen, diese Angelegenheit dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen, damit wir uns dort überlegen können, in welcher Art und Weise jene, die es wirklich brauchen, unterstützt werden können.

Die sofortige Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Anreitter auf Zuweisung gst. Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung bringt folgendes Ergebnis:

Der Geschäftsordnungsantrag wird bei

8 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 22 Nein-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)

abgelehnt.



Bgm. Dr. Koits: Nicht nur die Welser Freiheitlichen oder andere Fraktionen machen sich Sorgen um die Welser Bevölkerung. Gott sei Dank hat die internationale Finanz- und Bankenkrise bei uns kaum jemand oder noch nicht – das kann man jetzt vielleicht noch nicht endgültig sagen – in eine furchtbare Schicksalssituation gebracht, wie das in ausländischen Gefilden doch sehr oft vorkommt. Diese Dinge sind oder waren unsererseits ja überhaupt nicht beeinflussbar, allerdings machen sich viele Leute bzw. die Parteien Sorgen darüber, dass angesichts der herrschenden Teuerungen sich eine bestimmte Menschengruppe besonders schwer tut, über die finanziellen Runden zu kommen, das heißt, diese Menschen benötigen eine finanzielle Unterstützung.

Halten sie sich aber bitte auch vor Augen, dass in der Stadt Wels und auf Landesebene sehr wohl ein Maßnahmenpaket geschnürt wurde, das auf der einen Seite Heizkostenzuschüsse vorsieht. So wie in den vergangenen Jahren wurde auf Landesebene solch ein Zuschuss beschlossen und wir werden zusätzlich etwas machen, wobei es an uns liegt, festzulegen, wann wir unseren Heizkostenzuschuss ausbezahlen; die Referentin wird das zusammen mit dem Ausschuss beschließen.

Darüber hinaus hat die Wels Strom GmbH festgelegt, dass 2008 und 2009 keine Strompreiserhöhung kommt. Selbstverständlich haben wir mit dem Vorstand der EWW AG schon Gespräche in Bezug auf den Gas- und den Fernwärmepreis geführt. Bei der Fernwärme wird es demnach so sein, dass nach heutigem Ermessen – ich muss hier schon das „heutige Ermessen“ betonen – im Jahr 2009 keine Erhöhung des Fernwärmepreises erfolgen wird.

Der dritte Bereich handelt vom Gaspreis, der nicht nur uns hier herinnen am meisten trifft, sondern auch die EWW AG und die anderen Energieversorger, nämlich in der Weise, dass derzeit die EWW AG die Weitergabe des Gases unter dem Einstandspreis durchführt. Wir kaufen also das Gas teurer ein als wir es an die Kunden weitergeben. Wir haben somit im Bereich der Gasversorgung betriebswirtschaftliche Verluste zu ertragen, nämlich schon in einer Höhe, wie sie nicht mehr als gerechtfertigt angesehen werden können. Es gibt deshalb bei der EWW AG folgende Vorgangsweise. Sollte sich der mit einem gewissen Verzögerungseffekt an den Ölpreis gebundene Gaspreis wieder senken – beim Öl gibt es ja mittlerweile diese Senkung, wobei man halt nicht genau weiß, wie lange diese anhält – werden auch wir rasch handeln und diese Senkung an die Kundschaft weitergeben. Ich denke mir, das ist eine vernünftige Lösung, mit der man leben können müsste.

Ich gebe schon zu, dass es auch mir bei weitem lieber wäre, überhaupt auf eine Gaspreisverteuerung verzichten zu können, als jetzt einmal der Bevölkerung sagen zu müssen, dass einfach nichts anderes mehr übrig blieb, als in diesem Bereich eine Preiserhöhung durchzuführen. Wir können aber versichern, dass wir bereit dazu sind, sofort eine Reduzierung des Preises vorzunehmen, wenn dies die allgemeine Situation auf den Einkaufsmärkten wieder erlaubt. All das wird sich aber nach der Entwicklung beim Rohölpreis richten.

GR. Wiesinger: Vorweg muss ich schon darauf hinweisen, dass es sich bei diesem Antrag der Freiheitlichen fast wortgleich um eine Presseaussendung der ÖVP handelt, die wir im Juli dieses Jahres hinausgegeben haben. Wir haben damit als erste Partei in Wels darauf hingewiesen, dass es aufgrund der allgemeinen Entwicklung zu keiner Erhöhung des Gaspreises kommen darf.

Nach den Wortmeldungen des Bürgermeisters und der Freiheitlichen ist es wohl klar, welches Abstimmungsergebnis heute zustande kommen wird. Ich möchte aber doch noch einiges vorbringen, was bisher an Argumenten nicht vorgebracht wurde.

In den Medien wird immer darüber berichtet, dass der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt ist. So wird seitens der Versorger argumentiert und so steht es in den Zeitungen. Nun, als die ÖVP im Sommer ihre Presseaussendung wegen des Gaspreises durchführte, lag der Ölpreis bei 140 Dollar je Barrel und am heutigen Tag liegt er bei schwach 64 Dollar, das heißt, der Ölpreis ist um mehr als die Hälfte gesunken. Und wenn die Aussagen der Energieversorger wirklich stimmen, dann müssten wir heute eigentlich nicht über eine Erhöhung des Gaspreises diskutieren, sondern über eine Senkung. Wenn nämlich innerhalb von ein paar Monaten der Ölpreis um mehr als die Hälfte zurückgeht, brauchen wir doch nicht mehr über eine Erhöhung auf der anderen Seite zu sprechen.

Noch ein weiterer Punkt, Herr Bürgermeister. Sie sagten, dass es beim Strompreis keine Erhöhung geben wird, nur gibt es in Bezug auf den Strom etwas, das hinsichtlich des Gasbezugs kaum möglich ist. Beim Strom ist es nämlich so, dass man relativ leicht den Anbieter wechseln kann, während sich das beim Gasbezug weit nicht so einfach darstellt. Weiters ist ein Sparen beim Strom sicher leichter möglich als beim Gas. In Hinblick auf den Stromverbrauch kann ich beispielsweise Energiesparlampen verwenden, aber beim Gas ist es schon etwas schwieriger mit dem Sparen. Wir wissen, dass in einem großen Wohnhaus die Verbraucher bei einer Heizung zusammengefasst sind und geht es beispielsweise um die Fernwärme, so hat der Einzelne praktisch überhaupt keinen Einfluss darauf, wie viel Verbrauch insgesamt gegeben ist. Der einzelne Bürger kann also speziell in Wohnanlagen wenig Einfluss auf den tatsächlichen Verbrauch nehmen.

Eines darf man auch nicht vergessen, Herr Bürgermeister. Gerade Leute mit kleinen Einkommen sind von Gaspreiserhöhungen besonders betroffen und Geräteumrüstungen – Einbau einer besseren Gastherme oder besserer Warmwasseraufbereitung – kosten Geld.

Nun noch ein Wort zum Thema Fernwärme. Korrigieren sie mich, wenn ich falsch informiert bin, aber meines Wissens nach ist es doch so, dass wir in Wels ein sogenanntes Sternnetz haben, ausgehend vom Fernheizwerk und aufgrund dieses Netzaufbaus sei es etwas schwierig, auch noch am Stadtrand die Fernwärme anzubieten, weil der Wärmeabfall zu groß ist. Andererseits glaube ich sehr wohl, dass in Bezug auf die Fernwärme ein Anschlusspotenzial gegeben ist und man den Ausbau der Fernwärme jedenfalls weiter forcieren muss. Ich glaube, die Fernwärme stellt ökologisch etwas Sinnvolles dar und genauso ökonomisch. Und wenn man hört, dass jetzt die WAV in die Fernwärmeleitung einspeist, muss man sich meines Erachtens auch über den Ausbau des Fernwärmenetzes Gedanken machen, genauso darüber, ob es auch möglich wäre, Einfamilienhäuser an die Fernwärme anzuschließen. Man hört immer wieder, dass es sehr schwierig sei, Einfamilienhäuser anzuschließen, aber vielleicht könnte man diesbezügliche Möglichkeiten doch noch einmal genauer prüfen.

Dass die ÖVP-Fraktion diesem Antrag zustimmen wird, ist, so glaube ich, allgemein klar, weil wir ja dieses Thema schon im Sommer an die Öffentlichkeit brachten.

Vzbgm. Wimmer: Das ist dann so ein ähnliches Abstimmungsverhalten wie auf Landesebene!

GR. Anreitter: Ich möchte noch erwähnen, dass ich bei meiner ersten Wortmeldung mit der sozialen Treffsicherheit den Heizkostenzuschuss gemeint habe, wobei ich es ein bisschen schade finde, wenn man darüber eigentlich nicht weiter diskutierte. Ich meine nämlich, dass man in der jetzigen Situation anzudiskutieren hätte, ob man den Kreis der Bezieherinnen und Bezieher des Heizkostenzuschusses nicht etwas erweitern müsste. Dieser Kreis ist ja derzeit doch relativ eng gesteckt, aber wenn es jetzt wirklich um eine Gaspreiserhöhung von 21 Prozent geht, dann trifft das zunehmend die Menschen, nicht nur solche, die derzeit ein Anrecht auf diesen Heizkostenzuschuss haben.

Zum Kollegen Wiesinger möchte ich noch sagen, der davon sprach, dass sich mittlerweile der Ölpreis um mehr als die Hälfte reduzierte und demnach der Gaspreis ebenfalls eine Reduzierung erfahren würde, dass es halt auch wieder nicht so ist, dass der Gaspreis auf die täglichen Schwankungen des Ölpreises reagiert, das heißt, der Gaspreis läuft immer um einiges hinterher. Und so ist mir schon klar, dass der Gaspreis erst mit großer Verzögerung auf die sicher positive Entwicklung des Ölpreises reagieren wird. So gesehen stimmen meines Erachtens die Zahlen, welche das E-Werk vorlegte, schon.

GR. Dr. Rabl: Das, was wir heute von ihnen hörten, Herr Bürgermeister, ist für weite Bevölkerungsteile nur in gewisser Weise zufriedenstellend. Ich sage ihnen auch, warum ich das so empfinde. Beim Strompreis ist ein halbwegs vernünftiger Wettbewerb verwirklicht, aber andererseits muss man sagen, dass es die Wels Strom GmbH nicht schaffte, wenigstens in der Stadt Wels günstigster Anbieter von Strom zu sein, weder für Einfamilienhäuser noch für die großen Wohnhäuser. Hier kommen nach wie vor vom Verbund her die günstigsten Angebote. Ich finde es direkt tragisch, wenn man es nicht einmal als Anbieter in der eigenen Heimatstadt schafft, am günstigsten zu sein. Ich kann also die Aussagen der E-Control nur bestätigen.

Die Fernwärme sollte im Preis nicht nur gleich bleiben, sondern sogar fallen. Das wäre betriebswirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Ich weiß schon, Herr Bürgermeister, dass sie sich das nur schwer vorstellen können, aber reden sie einmal mit den zuständigen Herren, die den Preis kalkulieren. Es ist nämlich so, dass aufgrund der Einbindung der Wärme der Müllverbrennungsanlage in das Netz die Kosten für die Fernwärme sinken. Deswegen können sie ja heute so leicht sagen, dass die Preise für die Fernwärme nicht erhöht werden, sondern gleich bleiben. Das E-Werk macht also nach dieser Einbindung der Wärme von der Müllverbrennungsanlage ein besseres Geschäft als es das ohne Einbindung war. Wir brauchen hier also nicht etwa eine Preiserhöhung weiterzugeben bzw. ist der Einstandspreis niedriger geworden.

Ich gebe auch dem Kollegen Wiesinger Recht, wenn er meinte, dass die Fernwärme eine durchaus sinnvolle Sache darstellt, die ausgebaut gehörte. Ich meine, man sollte dies trotz entstehender Ausbaurkosten verfolgen.

Nun komme ich zum Gaspreis und muss sagen, Herr Bürgermeister, dass ich ihnen auch hier widersprechen muss. Der Gaspreis passt sich immer in einem Sechs-Monate-Zeitraum an die Entwicklung des Ölpreises an. Das wissen sie genauso wie ich und es hat dieser Sechs-Monate-Zeitraum den Sinn, dass man über so viele Monate hinweg diverse Schwankungen leichter ausgleichen kann. Aufgrund dieser Zeitverzögerung ist

es natürlich so, dass man bei einem höheren Gaspreis womöglich draufzahlt, während man bei einem niedrigeren Gasbezugspreis höhere Gewinne als eigentlich vorgesehen macht. Mit dieser Schwankungsbreite von sechs Monaten sollte sich das Ganze aber irgendwo ausgleichen. Was passiert aber nun ab 1. November? Da wird der Preis um 21,5 % erhöht und obwohl der Ölpreis seit dem Sommer um über die Hälfte gefallen ist, kann man ziemlich sicher sein, dass es nach diesen sechs Monaten auch beim Gas zu einer 50-prozentigen Senkung des Einstandspreises kommt. Trotzdem wird der Verkaufspreis eher für längere Zeit auf einem höheren Niveau als bisher gehalten und diese Vorgangsweise halte ich schlicht für unseriös. Das insbesondere auch deshalb, weil wir gerade jetzt am Beginn der intensiven Heizperiode stehen und deshalb die Leute auch eine entsprechende Unterstützung brauchen, um sich den erst jetzt angehobenen Gaspreis überhaupt leisten zu können. Ich bin ja schon neugierig, ob dieser Heizkostenzuschuss, den sie hier herinnen so groß propagierten und der im Übrigen extrem bescheiden ist, ebenfalls um 21 % angehoben wird.

Also, für mich ist diese Preispolitik ziemlich unverständlich und wollte man eine ehrliche Preispolitik machen, könnte man ja auch eine Befristung für den höheren Gaspreis einziehen, um eben beispielsweise bis Jänner zu sehen, wie sich die Dinge tatsächlich entwickeln. Solch eine Befristung macht man aber schon deshalb nicht, weil man von den höheren Preisen auch noch dann profitieren will, wenn die Einstandspreise schon lange wieder im Keller sind.

Herr Bürgermeister! Sie als Eigentümervertreter hätten genug Möglichkeiten, um diesen Missstand auch als Sozialdemokrat auszugleichen und ich hoffe, dass sie diese Möglichkeiten des Eigentümervertreters tatsächlich wahrnehmen und die Senkung rasch weitergeben, wenn diese Bindung ausläuft. Ich werde im Jänner nächsten Jahres diesen Antrag nochmals einbringen und wir werden ja sehen, ob sie wenigstens dann dazu bereit sind, zuzustimmen oder ob sie mit denselben Argumenten wie jetzt noch immer sagen, dass wir da leider gar nichts machen können.

Vzbgm. Wimmer: Ich darf zunächst einmal den Ausdruck „Missstand“ in Zusammenhang mit einer Kapitalgesellschaft auf das Schärfste zurückweisen. Das ist absolut inakzeptabel!

GR. Dr. Rabl: Ja, ja! Aufsichtsbeschwerde!

GR. Ing. Matzinger: Ich danke einmal für diese angeregte Diskussion und meine, Herr Bürgermeister, dass wir alle in erster Linie deshalb hier herinnen sitzen, um uns um die Sorgen der Mitbürger zu kümmern. Ich glaube, das darf ich für alle Fraktionen in gleicher Weise so feststellen.

Wenn sie sagen, dass es, um eine gewisse soziale Treffsicherheit zu haben, den Heizkostenzuschuss gibt, den die Stadt Wels auszahlt, dann darf man meines Erachtens nicht übersehen, dass es sehr viele insbesondere ältere Mitbürger gibt, denen es irgendwo unangenehm ist, solch einen Antrag zur Erlangung einer Förderung zu stellen. Es ist sehr traurig, aber viele ziehen lieber eine zweite Wollweste an, bevor sie irgendwo hingehen und für sich „betteln“. Wir dürfen auch nicht übersehen, dass es einen gewissen Verwaltungsaufwand in Zusammenhang mit der Auszahlung dieses Heizkostenzuschusses gibt.

Ich will jetzt gar nicht über das Thema diskutieren, ob nun dieser Heizkostenzuschuss auch im selben Verhältnis steigt, wie das diese Energiepreise am 1. November getan haben. Oder sinken bzw. erhöhen sich die Einkommensgrenzen, ab denen man anspruchsberechtigt ist? Sind künftig um 21 oder gar 26 Prozent höhere Einkommensgrenzen gegeben? Ich bin davon überzeugt, dass solch eine Erhöhung der Grenzen nicht zum Tragen kommen wird.

Ich freue mich darüber, wenn die ÖVP-Fraktion diesem Antrag zustimmt. Die ÖVP hat zwar einmal eine diesbezügliche Idee per Presseaussendung veröffentlicht, aber letztlich stellte das höchstens eine Absichtserklärung dar, während es hier herinnen unsererseits auch darum geht, Taten zu setzen. Wir wollen dieses Paket in der Weise verabschieden, dass solche Preiserhöhungen in Wels nicht kommen werden.

Wir haben, Herr Bürgermeister, die Welser Bevölkerung durch die Bereitstellung von Förderungsmitteln dazu animiert, verstärkt auf Gasheizsysteme umzusteigen, nämlich sowohl bei Einfamilienhäusern, bei Eigentums- als auch Mietwohnungen. Das Ganze wurde zum Teil auch vom Land gefördert. Und ebenso sind wir daran interessiert, speziell Wohnanlagen mit Fernwärme zu versorgen. Das ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch vernünftig, speziell dann, wenn wir das neueste Projekt sehen, nämlich die Nutzung von Abfällen für die Erzeugung von Fernwärme. Lange, lange Jahre wurde ja leider die bei der Verbrennung entstehende Abwärme und damit viel Geld in die Luft geblasen und nicht genutzt. Viele Jahre hindurch wurde ja immer wieder von allen Fraktionen darauf hingewiesen, dass man diese bei der Verbrennung entstehende Wärme entsprechend nutzen sollte, statt sie sozusagen an die Umwelt zu verbraten, wobei es ja nicht vernünftig und eigentlich auch nicht erlaubt ist, heiße Luft an die Atmosphäre abzugeben.

Herr Bürgermeister! Wenn sie sagen, dass es für 2009 keine Erhöhung geben wird, dann muss man halt sehen, was sich 2008 abgespielt hat. Wenn man demnach schon 2008 eklatante Erhöhungen um 20 Prozent und mehr durchbringt, dann passt auch das zum System des Wahlrhythmus. Natürlich wird es 2009 keine Erhöhung geben. Wenn sie schon im Jahr 2008 um 20 Prozent eine Erhöhung durchführten, dann werden sie ja selbst nicht glauben, dass es ihnen irgendein Bürger bei der Wahl dankt, wenn sie 2009 nochmals eine Erhöhung durchführen. So habe ich ihnen ja schon zuvor die schöne Rechnung unterbreitet, dass es doch nach einer Erhöhung um 21,5 % im Jahr 2008 schön ist, wenn man im Jahr 2009 eine Zurücknahme dieser Erhöhung um 7 bis 10 Prozent durchführt. Diese Vorgangsweise, Herr Bürgermeister, wird uns die Bevölkerung nicht recht abnehmen.

Vzbgm. Wimmer: Ich würde darum bitten, sich auf das Schlusswort zu beschränken und nicht ein zweites Referat zu halten. Im Schlusswort sollte man ja auf die Argumente eingehen, die zu einem Antrag gekommen sind.

GR. Ing. Matzinger: Herr Vorsitzender! Es dürfte deiner Aufmerksamkeit entgangen sein, dass ich ohnehin nur die Aussagen meiner Vorredner interpretierte. Und das ist eine Gepflogenheit, die durchaus von den Vertretern aller Fraktionen, insbesondere von dir, zu stundenlangen Referaten ausgenützt wird. Ich erlaube mir, das auch als Vertreter unserer Fraktion zu machen.

Vzbgm. Wimmer: Erlaubt ist aber nur das, was ich als Vorsitzender hier zulasse, und sonst nichts!

Zwischenruf GR. Dr. Rabl: Es hat aber niemand einen Antrag auf Beschränkung der Redezeit eingebracht, weder von der SPÖ noch von sonst jemanden!

GR. Ing. Matzinger: Der Kollege Wiesinger hat es schon zuvor gesagt. Bei all den Energiepreisen wird immer wieder davon gesprochen, dass diese in irgendeiner Form vom Ölpreis abhängig sind – zumindest wird uns dies immer als gültige Wahrheit verkauft – und so stimmt es, dass im Sommer wirklich 140 Dollar pro Barrel Erdöl zu zahlen waren, jetzt bewegen wir uns aber so um die 65 Euro pro Barrel. Wenn wir nun die etwas ins Wanken geratene Parität zwischen Dollar und Euro berücksichtigen, dann entspräche das derzeit in etwa einem Preis von 75 Dollar. Das wäre wiederum ca. die Hälfte des Preises vom Sommer.

Was sie jetzt sagten, ist im Endeffekt deshalb nicht sehr glaubwürdig, Herr Bürgermeister, weil sie als Eigentümerversorger beim E-Werk Wels durchaus die Möglichkeit hätten, anzuordnen, dass solch eine Erhöhung nicht durchzuführen ist, um eben eine Mehrbelastung der Welser Bevölkerung in diesem Winter, der ja mehr oder minder nah vor uns steht, hintanzuhalten.

Somit ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vzbgm. Wimmer: Bevor wir zur Abstimmung kommen, habe ich noch eine Information an sie, die ich für wesentlich erachte. Es ist so, dass das Präsidium des Aufsichtsrates der zuständigen Kapitalgesellschaft in Form der Vertreter von SPÖ und ÖVP schon vor einiger Zeit diese Gaspreiserhöhung zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Das soweit zur Information und wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Initiativantrag.

Der Antrag (Anlage 17) zu Punkt 11. der Tagesordnung wird bei

10 Ja-Stimmen (ÖVP- und FPÖ-Fraktion  
sowie GR. Landauer)  
2 Stimmenthaltungen (GR. Anreitter und  
GR. Mag. Springer)  
und 18 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
  
abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Gemeinderat Dr. Andreas Rabl

12.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung  
eines Rechnungshofes für die Stadt Wels  
DI-Verf-344-2008

GR. Dr. Rabl: Wir Freiheitlichen haben schon medial angekündigt, dass ein Antrag von uns dahingehend eingebracht wird, dass ein „kleiner“ Rechnungshof in Wels installiert werden sollte. Dies deshalb, weil wir glauben, dass sich die Kontrolle der Gebarung der Stadt nicht unmittelbar bzw. allein auf die Verwaltung der Stadt selbst beschränken, sondern auch jene Unternehmen umfassen sollte, die mehrheitlich von der Stadt Wels beherrscht werden oder auf die die Stadt Wels auf eine sonstige Art und Weise Einfluss hat. Wir möchten somit haben, dass ein „kleiner“ Rechnungshof eingerichtet wird, der nicht nur mit der Kontrolle befasst ist, sondern auch konkrete Verbesserungs- sowie Rationalisierungsvorschläge erarbeitet. Und dann sollte er die Umsetzung dieser Verbesserungs- und Rationalisierungsvorschläge kontrollieren.

Wir glauben, dass das bestehende Kontrollamt zwar eine gute und sinnvolle Einrichtung darstellt, das tatsächlich wertvolle Arbeit leistet, nur glauben wir andererseits, dass dieses Kontrollamt zu klein besetzt ist, um all diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Es hat zu wenig Personal, um alle Maßnahmen, die es vorschlägt, regelmäßig und konkret auf ihre Umsetzung hin zu kontrollieren. Wir meinen also, dass das Kontrollamt in diesem „kleinen“ Rechnungshof aufgehen sollte.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass mir zu diesem Antrag keinerlei Wortmeldung vorliegt. Ich weiß nicht, ob damit auch auf das Schlusswort verzichtet wird?

GR. Dr. Rabl: Ich werde doch nicht auf meine Schlusswort verzichten! Nachdem wir jetzt weder von der SPÖ noch von der ÖVP irgendetwas zu diesem Antrag hörten, gehe ich davon aus, dass diese beiden Fraktionen dagegen stimmen werden. Andererseits kann ich mir vorstellen, dass neben der FPÖ die GRÜNEN zustimmen, weil ja sonst nicht erklärbar erschiene, dass dazu überhaupt nichts gesagt wird.

Bgm. Dr. Koits: Wenn ich mir so vorstelle, welche Anträge sie heute und in der näheren Vergangenheit einbrachten, kommt es mir so vor, als hätten wir irgendwo eine Gelddruckmaschine stehen.

Der Antrag (Anlage 18) zu Punkt 12. der Tagesordnung wird bei

7 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 23 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend kostenlose Nutzung der Linie Wels an den Samstagen vor Weihnachten ab 29.11.2008:

GR. Mag. Holter: Bevor ich jetzt zur sachlichen Begründung dieses Dringlichkeitsantrages komme, frage ich sie, Herr Bürgermeister, wie weit eigentlich die Macht des Herrn Vizebürgermeister Wimmer geht, wenn er aus Sitzungen, die eigentlich geheim oder vertraulich sind, Behauptungen hier in den Raum stellt, die das Stimmverhalten dort tätiger Leute, eventuell von Parteienvertretern, betreffen. Herr Bürgermeister! Ich werde mir – da können sie sicher sein – diese Sache rechtlich ansehen. Wir befinden

uns nicht in einem Bereich, in dem die Gesinnungsspione weiterwirken können. Das wollte ich zum vorletzten Punkt noch ganz deutlich sagen.

Aus Aufsichtsratssitzungen, die vertraulich sind, Ergebnisse mitzuteilen, die nicht einmal wir kennen, weil sie eben vertraulich sind, das hätte ich, Herr Bürgermeister, ihrer Fraktion nicht zugetraut. Andererseits traue ich ihnen seit dem heutigen Abänderungsantrag zu unserem Dringlichkeitsantrag sowieso mehr als bisher zu. Jetzt komme ich aber zu unserem Antrag selbst.

Die Grundkonzeption in Zusammenhang damit ist die Kostenfreiheit des öffentlichen Verkehrs, ohne eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere auszuspielen oder ohne Wertung, wer uns sozusagen mehr und wer weniger wert ist. Somit geht es um die Kostenfreiheit für alle.

Weil es aber zum Linienverkehr in den vergangenen Monaten immer wieder unterschiedliche Ansätze und Aussagen gegeben hat, nämlich was die Kosten betrifft, ist jetzt unser Vorschlag darauf ausgerichtet, an den vier Advent-Samstagen einen Versuch zu machen, indem wir unseren öffentlichen Linienverkehr kostenlos benützen lassen, und zwar von allen. Und an dieser Stelle ersuchen wir den Bürgermeister, in Zusammenarbeit mit dem Betreiber des Linienverkehrs, der Firma Sab sowie insbesondere natürlich mit der EWW AG bei entsprechender Möglichkeit für die Umsetzung unseres heutigen Antrages zu sorgen. Es müssten aber auch – das ist uns ebenfalls wichtig – werbliche Maßnahmen ergriffen werden.

Die Begründung ist gegeben und geht im Wesentlichen aus dem Antrag hervor. Wir glauben, dass es aus energie- und umweltpolitischen Gründen letztlich das Ziel der Stadt Wels sein sollte, den öffentlichen Verkehr kostenlos zu gestalten. Vorerst ersuchen wir aber um Durchführung dieses Versuchs, um nachher über objektive Daten zu verfügen, nämlich darüber, wie dieses Angebot angenommen wurde etc. Daraus resultierend sollte eben ein verlässliches Modell in Richtung kostenlose Benützung erarbeitet werden können.

Zu diesem Antrag wurde ein Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion eingebracht sowie ein Zusatzantrag der FPÖ-Fraktion. Zum Zusatzantrag brauche ich mich meines Erachtens gar nicht zu äußern, weil er wahrscheinlich gar nicht zur Abstimmung kommen wird. Der Abänderungsantrag wird aber voraussichtlich die Mehrheit finden.

Meine Damen und Herren! Wir bekennen uns dazu – wir haben das in verschiedenen sozialen Fragen immer schon getan – auch aus dem Säckel der Partei Geld in die Hand zu nehmen, wenn es um vernünftige Anliegen geht. Dass die SPÖ mittlerweile hinter diese Möglichkeit gekommen ist, freut mich; in der Vergangenheit war das nicht immer so. Ich frage mich zwar, wie es möglich sein kann, mit einem Abänderungsantrag zu einem Dringlichkeitsantrag das Budget zu ändern, aber das sollen sich am besten die Juristen im Magistrat überlegen; ich meine, so einfach wird das nicht möglich sein. Aber wenn sich schon die Parteien an dieser Finanzierung beteiligen, gehe ich davon aus, dass man aliquot von den Mandatsverhältnissen ausgeht.

Insgesamt ist das mit der Finanzierung durch die Parteien durchaus eine interessante Idee, welche man auch auf andere Tagesordnungspunkte umwälzen könnte. Heute wurde zum Beispiel auch mit unseren Stimmen die Finanzierung des Projektes „EnergieStadt Wels“ beschlossen und es stand im Amtsbericht von Seite der Finanz-



abteilung, dass dafür bislang im Budget keinerlei Bedeckung vorgesehen war. Also, wenn man das bei unserem Dringlichkeitsantrag so machen will, sollte man schon darüber diskutieren, ob das nicht sozusagen von Amts wegen auch bei anderen Beschlüssen gelten soll, wo eben bisher keine Bedeckung gegeben war. Ansonsten sieht es nämlich so aus, als ob das ein spezieller Strafakt seitens der SPÖ-Fraktion sein soll. Ich meine, als solcher ist dieser Abänderungsantrag der SPÖ zweifellos gemeint. Man merkt also die Absicht, ich bin aber nicht verstimmt. Ich sage vielmehr: Gerne, wir leisten unseren Anteil, ersuchen aber auch darum, vorher durchzurechnen, was möglicherweise in Zusammenhang mit dieser Freifahrt an Ersparnissen gegeben ist, zum Beispiel in Zusammenhang mit den Automaten, der Auffüllung und dergleichen. Diese Ersparnisse sollten demnach sehr wohl eingerechnet werden und nach genauer Abrechnung können wir uns durchaus vorstellen, uns mit einem aliquoten Betrag an dieser Aktion für die Welser Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, die vorläufig einmal diese vier Advent-Samstage umfassen würde. Und im Endeffekt soll diese Aktion zu einem Ergebnis in Hinblick auf die mögliche Durchführbarkeit der kostenlosen Benützung des städtischen Linienverkehrs durch alle Welserinnen und Welser führen.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf an dieser Stelle noch eine Korrektur anbringen. Der Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion ist eigentlich ein Zusatzantrag und so wird dann nach dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP über die Zusatzanträge von SPÖ und FPÖ abgestimmt.

GR. Dr. Rabl: Der vorliegende ÖVP-Antrag ist zumindest in Teilbereichen als etwas anzusehen, das wir uns schon immer wünschten, nämlich die Gratisfahrt für alle im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel. Dass solch eine Maßnahme mit Ausgaben verbunden ist, das bleibt unbestritten, aber wenn ich bedenke, dass wir 15 Millionen für ein Fußballstadion und eine Ballsporthalle haben und 20 Millionen für ein Science-Center – da will ich noch gar nicht davon sprechen, was wir sonst noch Geld für diverse Projekte haben, wobei ich etwa an die 100.000 Euro für die Veranstaltung zur Verleihung des Energy Globe denke – dann meine ich, dass wir zumindest in Hinblick auf diesen ÖVP-Antrag problemlos die Mittel haben müssten, um diese Gratisfahrt an den vier Advent-Samstagen finanzieren zu können.

Aber wenn jetzt die SPÖ-Fraktion meint, mit ihrem Antrag auf Kürzung der Parteienförderung bei uns – was die ÖVP betrifft, kann ich das nicht so recht beurteilen – eine Art Strafaktion auslösen zu können, hat sie sich getäuscht. Ganz im Gegenteil freut es mich, wenn einmal ein Teil dieser Gelder einem sinnvollen Zweck zugeführt wird. Lieber wäre es uns aber gewesen – darum haben wir ja einen Zusatzantrag gestellt – würde man die Mittel dort abziehen, wo sie unserer Meinung nach nicht sinnvoll verwendet werden, beispielsweise in Zusammenhang mit der Antifa oder mit dem Energy Globe. Mehr als das, was auf diesen beiden Posten aufscheint, wird diese Gratisfahrt an den vier Advent-Samstagen sowieso nicht kosten.

Eines darf man aber nicht vergessen und ich möchte das schon noch festgehalten wissen. Wenn jetzt jeder Antrag, der hier von einer Fraktion gestellt wird und der womöglich eine Chance auf Beschlussfassung hat, seitens der SPÖ-Fraktion mit einem Antrag auf Reduzierung der Parteienförderung verbunden wird, kann ich zwar auch damit leben, aber festzuhalten ist – das wurde vom Kollegen Holter bereits gesagt – dass es zu einer verhältnismäßigen Aufteilung kommen muss, also nach Mandatsstärke oder Prozentstärke bei der letzten Gemeinderatswahl. Ansonsten wären wir als FPÖ bald pleite, während sich die SPÖ nach wie vor über eine sprudelnde Fraktions- oder

Parteienförderung freuen könnte. So dürfte es aber aus meiner Sicht wirklich nicht sein. Sollte aber die SPÖ-Fraktion wirklich ernsthaft nach Einsparungspotenzialen suchen, so könnte ich ihr dabei behilflich sein. Vorweg darf ich noch einmal die Antifa und den Energy Globe erwähnen, damit sich diese Möglichkeiten gleich einmal ins Gedächtnis einprägen. Sollte demnach wirklich nach derartigen Potenzialen gesucht werden, ist es durchaus in Ordnung.

Für heute stimmen wir aber unter Hinweis auf die Verhältnismäßigkeit dem SPÖ-Antrag auf Finanzierung dieser freien Busbenützung an vier Samstagen auf Basis der Parteien- bzw. Fraktionsförderung zu.

Die Abstimmungen zum Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion bringen folgende Ergebnisse:

Der als Anlage 3 beigefügte Dringlichkeitsantrag wird

einstimmig angenommen.

Der als Anlage 4 beigefügte Antrag der SPÖ-Fraktion, auf Zusatzantrag umtituliert, wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion)  
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der als Anlage 5 beigefügte Zusatzantrag der FPÖ-Fraktion wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
1 Stimmenthaltung (GR. Landauer)  
und 25 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion sowie  
GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)

abgelehnt.

GR. Kroiß verlässt die Sitzung um 17.45 Uhr.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung in Hinblick auf den Austritt Österreichs aus EURATOM:

GR. Mag. Springer: Nachdem der Antrag beim Herrn Bürgermeister liegt, kann ich ihn jetzt nur aus dem Gedächtnis heraus vortragen bzw. hat ja der Bürgermeister schon einiges hieraus vorgelesen.

Es geht also darum, mit Hilfe einer Resolution an die Bundesregierung zu appellieren, Schritte zu setzen, damit Österreich aus dem EURATOM-Vertrag aussteigt. Es dürfte in weiten Bereichen völlig unbekannt sein, dass die Atomindustrie nach wie vor mit riesigen Summen gefördert wird und davon enorm hohe Mittel aus Österreich stammen. Ohne diese Förderungsmittel wäre die Atomenergie keinesfalls konkurrenzfähig.

Es soll kein Geheimnis vor diesem Gemeinderat darstellen, dass dieser Antrag schon in einigen Gemeinden aus Anlass „30 Jahre Abstimmung über Zwentendorf“ eingebracht wurde und den hier vorliegenden Entwurf habe ich von der SPÖ Ottensheim bekommen. Und so erwarte ich mir natürlich besonders von der SPÖ-Fraktion, dass sie dem vorliegenden Antrag zustimmen wird.

Der Antrag (Anlage 6) wird

einstimmig angenommen.

GR. Anreitter ist bei der Abstimmung über o.a. Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Kroiß hat die Sitzung bereits verlassen.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie in Hinblick auf den bevorstehenden Fahrplanwechsel der ÖBB:

GR. Mag. Springer: Bei unserem zweiten Punkt geht es ebenfalls um eine Resolution und um ein Ersuchen – im Antrag steht leider etwas von Beauftragung – an den Bürgermeister. Das Thema des Antrages betrifft schlicht und einfach eine Zugverbindung, die uns als eine sehr wichtige zwischen der Bundeshauptstadt und der Stadt Wels vorkommt. Fast hätte ich gesagt, seit ich denken kann, aber jedenfalls ist es seit der Zeit, da ich mit der Bahn fahre, so, dass es einen Mitternachtszug zwischen Wien und Salzburg gibt, der auch immer in Wels anhielt. Dieser Halt in Wels soll jedoch ab dem Fahrplanwechsel am 14. Dezember eingestellt werden, sodass künftig der letzte Zug, der auch in Wels hält, von Wien weg schon um 22.20 Uhr abfährt.

Ich bitte also auch hier um Zustimmung zu dieser Resolution.

GR. Ing. Matzinger: Ich bin persönlich dafür, dass wir diesem Antrag zustimmen. Es sollte nämlich nicht so sein, dass man von Wien weg, wenn man sich beispielsweise bei einer Abendveranstaltung befindet, nicht mehr nach Hause kommt, so wie das in Bezug auf Salzburg schon länger der Fall ist. Gehen sie in Salzburg in ein Konzert, das etwa um 10 Uhr abends zu Ende ist, kommen sie nicht mehr nach Wels zurück bzw. haben sie erst irgendwann in den frühen Morgenstunden einen Zug. Von Wien aus gelang es jedoch bislang, nach Wels zurückzukommen, aber künftig wird das, wie wir hörten, ebenfalls nicht mehr zu späterer Stunde möglich sein. Dabei sehe ich eigentlich nicht ein, dass nur deshalb, weil ein bestimmter Zug nicht mehr in Wels halten soll, eine Erhöhung bei den Hotel-Nächtigungszahlen in Wien eintreten würde.

Auf der anderen Seite, Herr Kollege Springer, muss ich mir leider zu diesem Antrag die Anmerkung erlauben, dass dieser schon etwas spät kommt. Soweit ich nämlich weiß, ist an dieser Fahrplanänderung nicht mehr zu rütteln, zumindest nicht mehr in der Saison 2008/09. Ich wünsche also dem Herrn Bürgermeister wirklich sehr viel Glück und viel Kraft, wenn er sich für diese Sache einsetzt. Wenn ihm das gelingt, was wir uns wünschen, dann ziehe ich gerne den Hut vor der Macht und dem Einfluss des Herrn Bürgermeister.

Egal wie auch immer, eines ist jedenfalls wichtig, nämlich dass wir auf diesem Thema draufbleiben. Ich weiß, dass solche Fahrplansachen zumeist eine Ewigkeit dauern, beispielsweise in Bezug auf ICE-Züge. Jetzt ist es so weit, dass wenigstens einige in Wels stehen bleiben. Und ich fürchte, dass auch dieser jetzige Wunsch eine Sache darstellt, die eines sehr langen Atems braucht. Falls es für heuer nicht mehr geht, was ich leider befürchte, sollten wir jedenfalls das vor uns liegende Jahr nutzen, damit wir diesen Zughalt in Wels doch wieder bekommen. Es sollte doch so sein – ich sage das ganz bewusst – dass auch die Provinz das Kulturangebot in Wien annehmen kann, ohne dass man deswegen in Wien übernachten muss.

GR. Anreitter: Ich gebe dem Kollegen Matzinger schon Recht darin, dass es für diese Resolution schon etwas spät ist, aber andererseits geht diesbezüglich früher praktisch nichts, wenn man nicht ein direkter Insider ist und weiß, was geplant wird. Ist man also auf den elektronischen Fahrplan angewiesen, der anzeigt, was ab dem 14. Dezember läuft, kann man diese Dinge erst relativ spät überprüfen. Wir haben das getan, sobald die Möglichkeit hierzu bestand.

Der Witz an der Sache ist ja auch noch der, dass dieser Zug, der künftig nicht mehr in Wels halten soll, sondern erst wieder in Salzburg, dort 1 ½ Stunden steht, ehe er über Rosenheim weiterfährt. Somit gibt es eigentlich kaum ein Argument dafür, dass der Zug nicht in Wels halten können soll, denn er würde ja insgesamt nur 5 bis 10 Minuten länger unterwegs sein und hätte halt dann in Salzburg eine minimal kürzere Pause. Vielleicht geht also doch noch etwas.

GR. Mag. Springer: Ich danke für die positiven Wortmeldungen. Es geht hier lediglich um die Einstellung eines Halts in Wels, denn der Zug fährt ja auch künftig zwischen Wien und Salzburg. Wir haben natürlich Mutmaßungen in der Richtung angestellt, warum das jetzt von der ÖBB so geplant wird. Und diesbezüglich haben wir von einem Bahnexperten erfahren, dass es sich dabei um eine Nachtbesetzungsangelegenheit des Welser Bahnhofs handeln dürfte. Dabei ist mir allerdings nicht klar, welche dienstliche Besetzung in einem Bahnhof zu dieser Uhrzeit erforderlich ist. Abgesehen davon fahren ja auch sonst während der Nacht einige Züge durch den Welser Bahnhof, das heißt, das nötige Betriebspersonal muss jedenfalls da sein und ob da vielleicht zusätzlich ein Empfangspersonal am Bahnsteig stehen sollte – das ist aber meines Wissens nach auch sonst nicht der Fall – das ist doch eigentlich egal.

Herr Bürgermeister! Ich möchte mündlich noch etwas hinzufügen, das ich erst nach Verfassung dieses Schriftstückes erfahren habe. Es gibt nämlich einen auch von Welsern frequentierten Gegenzug in der Nacht, der ebenfalls in Wels nicht stehen bleibt. In Wels gibt es somit zwischen 01.00 Uhr und 04.30 Uhr überhaupt keine Fahrgastbewegungen und ich denke mir, dass das einer Stadt wie Wels einfach nicht würdig ist.

Der Antrag (Anlage 7) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte noch darum bitten, Herr Magistratsdirektor, dass sie sofort ein Schriftstück vorbereiten lassen, das an die entsprechenden Stellen gerichtet ist. Außerdem hätte ich ganz gern mit dem Zuständigen aus dem Hause Magistrat wegen möglicher Fahrplanänderungen gesprochen. Konkret kann ich allerdings nichts versprechen, weil ich weiß, wie mühsam es ist, von den ÖBB auch nur irgendetwas zu erreichen. Wer jemals etwas mit den ÖBB zu tun hatte, wird mir bestätigen können, was ich eben sagte. Ich danke aber trotzdem für die Einhelligkeit, welche diesbezüglich herrscht.

Damit haben wir jetzt unsere Tagesordnung samt den Dringlichkeitsanträgen abgearbeitet und ich danke ihnen für ihre Beiträge. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: